

Beteiligtentransparenzdokumentation

Thüringer Gesetz zum Ausgleich der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürASchKiG)

Einbringer: **Fraktion DIE LINKE**
 Fraktion der SPD
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache 7/2602)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligtentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligtentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 15. April 2021

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKiG)

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Zu Artikel 1 - Änderung des Thüringer Gesetzes über die Finanzierung der staatlichen Schulen

Ab dem 16. Dezember 2020 sind im Rahmen des Infektionsschutzes alle Bildungseinrichtungen im Freistaat Thüringen geschlossen worden. Dies betraf auch die staatlichen Grund- und Gemeinschaftsschulen mit Hortbetreuung. Seitdem wird keine Hortbetreuung mehr angeboten, es wird lediglich eine Notbetreuung aufrechterhalten.

Die Landesregierung hat mit Kabinettsbeschluss vom 5. Januar 2021 den Landtag gebeten, die gesetzlichen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, um Eltern ohne Zugang zur Notbetreuung die Elternbeiträge für Hort und Kindergärten für die Zeit der pandemiebedingten Schließungsanordnung erstatten zu können. Die aufgrund der fehlenden Elternbeteiligungen entstehenden Einnahmeausfälle beinhalten sowohl die Personalkostenbeteiligung, welche von den kommunalen Schulträgern an das Land abgeführt wird, als auch die Beteiligung an den sonstigen Betriebskosten, welche bei den Kommunen verbleibt.

Zu Artikel 2 - Änderung des Thüringer Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft

Ab dem 16. Dezember 2020 sind im Rahmen des Infektionsschutzes alle Bildungseinrichtungen im Freistaat Thüringen geschlossen worden. Dies betraf auch die Schulen in freier Trägerschaft mit Ganztagsbetreuung. Seitdem wird keine Hortbetreuung mehr angeboten, es wird lediglich eine Notbetreuung aufrechterhalten.

Die Landesregierung hat mit Kabinettsbeschluss vom 5. Januar 2021 den Landtag gebeten, die gesetzlichen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, um Eltern ohne Zugang zur Notbetreuung die Elternbeiträge für Hort und Kindergärten für die Zeit der pandemiebedingten Schließungsanordnung erstatten zu können. Soweit die Schulen in freier Trägerschaft sich dieser Vorgabe hinsichtlich des teilweisen Verzichts

auf das Schulgeld für die Ganztagsbetreuung angeschlossen haben, sind ihnen Einnahmeausfälle entstanden, die nicht aus den allgemeinen Finanzzuwendungen des Landes abgedeckt sind.

Zu Artikel 3 - Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Ab dem 16. Dezember 2020 sind im Rahmen des Infektionsschutzes alle Gemeinschaftseinrichtungen im Sinne des § 33 Nr. 1 und 2 Infektionsschutzgesetz (IfSG) im Freistaat Thüringen geschlossen worden. Damit ist die Inanspruchnahme einer öffentlich geförderten Kindertagesbetreuung nach § 2 Abs. 1 des Thüringer Kindergartengesetzes (Thür-KigaG) bis auf die Ausnahmen einer Notbetreuung für die Dauer der angeordneten Schließung unmöglich. Gleichwohl steht die Erhebung von Elternbeiträgen nach § 29 Abs. 1 und 2 ThürKigaG weiter im Raum. Es drohen rechtliche Auseinandersetzungen um die Beitragspflicht und Einnahmeausfälle der Kommunen.

B. Lösung

Zu Artikel 1

Ausgehend davon, dass das Land auf die Weiterleitung der Elternbeteiligung für die Personalkosten verzichtet und die kommunalen Schulträger ebenfalls auf eine Erhebung der Betriebskostenbeteiligung verzichten, wird den Kommunen hierfür ein Ausgleich gewährt.

Zu Artikel 2

Ausgehend davon, dass die Träger von Schulen in freier Trägerschaft mit Primarstufe auf eine Forderung des Schulgelds für die Ganztagsbetreuung, welche auch während der Schulschließung auf der Grundlage des Schulvertrags verpflichtend zu leisten wäre, für die Eltern in dieser Zeit verzichten, wird diesen hierfür ein Ausgleich gewährt, der nicht auf die staatliche Finanzhilfe der Schulen in freier Trägerschaft anzurechnen ist.

Zu Artikel 3

Um zu vermeiden, dass zur Frage, inwieweit auch während der Schließung von Einrichtungen der Kindertagesbetreuung eine Beitragspflicht besteht, langwierige Klageverfahren geführt werden und um eine einheitliche Rechtsanwendung für alle Eltern unabhängig von ihrem Wohnort zu gewährleisten, sollen für diesen Zeitraum keine Elternbeiträge erhoben werden. Dies geschieht durch Schaffung einer landesgesetzlichen Regelung im Thüringer Kindergartengesetz zur Aussetzung der Erhebung von Elternbeiträgen für den Zeitraum und die Dauer einer Schließung der Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 Nr. 1 und 2 IfSG und hiermit verbundenen Ausgleichsleistungen des Landes.

Für die Einnahmeausfälle leistet das Land einen Ausgleich an die Kommunen. Dies sichert Liquidität und ermöglicht es den Kommunen, die Kindertagesbetreuung weiter zu gewährleisten und die volle Betreuung rasch und reibungslos wieder aufzunehmen. Kommunen und freie Träger werden darin unterstützt, das Personal der Kindertageseinrichtungen weiter zu beschäftigen oder gegebenenfalls beantragtes Kurzarbeitergeld aufzustocken. Zugleich wird damit der "Kindergartenpakt" vom 3. April 2020 weiterhin umgesetzt.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Der Ausgleich ist ab 1. Januar 2021 bis zum nicht unterbrochenem Ende der landesweit angeordneten Schließung der Einrichtungen vorgesehen. Damit sind die entstehenden Kosten insoweit offen, als dass derzeit nicht einschätzbar ist, wie sich das Infektionsgeschehen entwickeln wird und die Einrichtungen geschlossen sind. Die Ausgleichsverpflichtung besteht damit unbegrenzt für jeden Monat der Schließung. Vorschlag: Um die Kosten einschätzen und prognostizieren zu können, wird eine Ausgleichsdauer von maximal vier Monaten vorgesehen.

Zu Artikel 1

Die Gesamteinnahmen der kommunalen Schulträger in Thüringen im Bereich der Grundschulhorte beliefen sich auf circa 27 Millionen Euro. Diese beinhalten sowohl die Personalkostenbeteiligung, welche an das Land abgeführt wird, wie auch die Sachkostenbeteiligung, welche bei den Kommunen verbleibt. Die Gesamteinnahmen aus der Personalkostenbeteiligung im Hort betrugen im Jahr 2019 rund 17 Millionen Euro, die Elternbeteiligung für die sonstigen Betriebskosten rund zehn Millionen Euro. Daraus ergeben sich aus einer Nichterhebung der Beiträge pro Monat Einnahmeausfälle beim Land in Höhe von rund 1,5 Millionen Euro und bei den kommunalen Schulträgern in Höhe von rund 0,9 Millionen Euro. Je nach Dauer der landesweiten Schließungen erhöhen sich die Kosten aus diesem Gesetz entsprechend auf bis zu sechs Millionen Euro Einnahmeausfälle für das Land und bis zu 3,6 Millionen Euro, die den Schulträgern an ausgleichsfähigen Einnahmeausfällen entstehen.

Mit dem Vollzug der vorgesehenen Regelung einhergehende notwendige Verwaltungsaufwendungen des Landes können derzeit noch nicht abschließend beziffert werden.

Die Kosten sind im Wirtschaftsplan des Sondervermögens abgedeckt.

Zu Artikel 2

Ausgehend von circa 6.300 Schülerinnen und Schülern an Grundschulen sowie in der Primarstufe an Gemeinschaftsschulen in freier Trägerschaft und einem durchschnittlichen Schulgeld für die Ganztagsbetreuung in Höhe von 48 Euro pro Monat belaufen sich die Kosten für die Erstattung an die freien Schulträger von Grund- und Gemeinschaftsschulen mit Primarstufe auf etwa 0,25 Millionen Euro je Monat, für einen Zeitraum von vier Monaten auf maximal etwa eine Million Euro.

Mit dem Vollzug der vorgesehenen Regelung einhergehende notwendige Verwaltungsaufwendungen des Landes können derzeit noch nicht abschließend beziffert werden.

Die Kosten sind im Wirtschaftsplan des Sondervermögens abgedeckt.

Zu Artikel 3

Die Kosten können nur schwer geschätzt werden. Sie hängen - neben der Dauer der landesweit angeordneten Schließung und der Beitragshö-

he der jeweiligen Gemeinde - maßgeblich davon ab, wie viele Eltern die Notbetreuung an sechs oder mehr Tagen pro Monat in Anspruch nehmen.

Bei der Annahme, dass circa 30 Prozent der Eltern die Notbetreuung an sechs oder mehr Tagen pro Monat in Anspruch nehmen und bei Zugrundelegung eines durchschnittlichen Beitragswertes von rund 134 Euro pro Kind und Monat, führen die Regelungen zu Mehrkosten des Landes von circa 5,5 Millionen Euro je Monat. Die Kosten steigen, wenn die Notbetreuung weniger in Anspruch genommen wird. Die maximalen Kosten der Regelung - bei geringer Nutzung der Notbetreuung und einem viermonatigen Erstattungszeitraum - werden auf 25 Millionen Euro geschätzt.

Mit dem Vollzug der vorgesehenen Regelung einhergehende notwendige Verwaltungsaufwendungen des Landes können derzeit noch nicht abschließend beziffert werden.

Die Mindereinnahmen der Kommunen werden vom Land ausgeglichen. Diese Zuweisungen des Landes sind nicht Bestandteil der Finanzausgleichsmasse nach § 3 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (Thür-FAG). Die notwendigen Verwaltungsaufwendungen der Kommunen können derzeit noch nicht abschließend beziffert werden. Die Befreiung der Eltern von der Zahlpflicht für den Zeitraum der Schließung von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege lässt auch die Ansprüche nach § 90 Abs. 4 Aches Buch Sozialgesetzbuch entfallen. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Landkreise, kreisfreie Städte) müssen diese Elternbeiträge nicht mehr übernehmen und werden dadurch entlastet. Für den angenommenen Zeitraum der Schließung von drei Monaten müssen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe dadurch voraussichtlich 3,3 Millionen Euro weniger ausgeben.

Die Kosten sind im Wirtschaftsplan des Sondervermögens abgedeckt.

Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKiG)

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Änderung des Thüringer Gesetzes über die
Finanzierung der staatlichen Schulen

Das Thüringer Gesetz über die Finanzierung der staatlichen Schulen in der Fassung vom 30. April 2003 (GVBl. S. 258), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277), wird wie folgt geändert:

1. Nach § 12 a wird folgender § 12 b eingefügt:

"§ 12 b
Aussetzung der Elternbeteiligung

(1) Abweichend von § 2 Abs. 1 Satz 2 werden die Eltern für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum Ende der landesweit angeordneten Schließung aller Schulen, längstens jedoch bis zum 30. April 2021, nicht an den Personal- und den sonstigen Betriebskosten der Hortbetreuung beteiligt. Diese Regelung gilt nur für Monate, in denen die Schulen an mehr als 15 Kalendertagen geschlossen sind. Ist während dieser Zeit eine Elternbeteiligung erfolgt, ist diese innerhalb der ersten drei Monate nach Wiederaufnahme des regulären Schulhortbetriebs zu verrechnen oder zu erstatten.

(2) Den kommunalen Schulträgern, die an ihren Grundschulen oder Gemeinschaftsschulen Schulhorte nach § 10 Abs. 3 ThürSchulG führen, gewährt das Land einen pauschalierten finanziellen Ausgleich für die Einnahmeverluste aufgrund der nicht zu erhebenden Elternbeteiligung an den sonstigen Betriebskosten.

(3) Grundlage für die Berechnung des Ausgleichs nach Absatz 2 ist die Höhe der Gesamteinnahmen des jeweiligen kommunalen Schulträgers aus der Elternbeteiligung abzüglich der Abführungen an den Landeshaushalt hinsichtlich der Personalkostenbeteiligung nach der Jahresrechnungsstatistik der kommunalen Haushalte des Jahres 2019. Zur Ermittlung eines durchschnittlichen Monatsbetrags wird der nach Satz 1 ermittelte Betrag durch die Anzahl der Monate, für die eine Elternbeteiligung erhoben wird, dividiert.

(4) Die Höhe des finanziellen Ausgleichs ist jeweils der nach Absatz 3 ermittelte Monatsbetrag.

(5) Der Ausgleich wird innerhalb der ersten sechs Monate nach dem Ende der landesweit angeordneten Schließung durch das Land an die Schulträger ausbezahlt.

(6) Während der Aufrechterhaltung von Maßnahmen nach den §§ 28 bis 31 Infektionsschutzgesetz (IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045) in der jeweils geltenden Fassung ist eine Kündigung des Hortplatzes durch den Schulträger aufgrund der Nichtinanspruchnahme der Betreuung ausgeschlossen."

2. Die Inhaltsübersicht wird der vorstehenden Änderung angepasst.

Artikel 2
Änderung des Thüringer Gesetzes über
Schulen in freier Trägerschaft

Das Thüringer Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft in der Fassung vom 20. Dezember 2010 (GVBl. S. 522), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2020 (GVBl. S. 662), wird wie folgt geändert:

1. Nach § 18 a wird folgender § 18 b eingefügt:

"§ 18 b
Erstattungsregelung für Einnahmeausfälle aufgrund
des teilweisen Verzichts auf das Schulgeld für
die Ganztagsbetreuung an Grundschulen sowie
in der Primarstufe an Gemeinschaftsschulen
in freier Trägerschaft

(1) Haben die Träger von Schulen in freier Trägerschaft während einer Schließung der Schulen aufgrund von Maßnahmen nach den §§ 28 bis 31 Infektionsschutzgesetz (IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045) in der jeweils geltenden Fassung auf das Schulgeld für die Ganztagsbetreuung verzichtet, gewährt das Land ihnen für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum Ende der landesweit angeordneten Schließung, längstens jedoch bis zum 30. April 2021, einen pauschalierten finanziellen Ausgleich in Höhe von 48 Euro je Ganztagsplatz pro Monat. Diese Regelung gilt nur für Monate, in denen die Schulen an mehr als 15 Kalendertagen geschlossen sind.

(2) Die Gesamthöhe des finanziellen Ausgleichs ergibt sich aus der Multiplikation des nach Absatz 1 ermittelten Monatsbetrags mit der Anzahl der Monate, in denen der Schulträger aufgrund der Schließung der Schulen nach dem Infektionsschutzgesetz kein Schulgeld für die Ganztagsbetreuung einforderte.

(3) Der Ausgleich wird nur gezahlt bei einer vertragsgemäßen Weiterzahlung des Gehalts des für die Ganztagsbetreuung zuständigen Personals, bei gegebenenfalls beantragtem Kurzarbeitergeld bei einer Aufstockung auf mindestens 80 vom Hundert des vertragsgemäßen Gehalts oder bei Anwendung einer tarifvertraglichen Regelung.

(4) Die Auszahlung des Ausgleichs erfolgt auf Antrag des Schulträgers durch das für Schulwesen zuständige Ministerium. Die Anträge sind spätestens vier Monate nach dem Ende der landesweit angeordneten Schließung zu stellen, der Ausgleich wird innerhalb der ersten sechs Monate nach dem Ende der landesweit angeordneten Schließung durch das Land an die Schulträger ausgezahlt.

(5) Der Ausgleich des entgangenen Schulgelds für die Ganztagsbetreuung ist außerhalb der in § 18 geregelten staatlichen Finanzhilfe zu dem Personalaufwand und dem Schulaufwand zu gewähren und nicht anzurechnen."

2. Die Inhaltsübersicht wird der vorstehenden Änderung angepasst.

Artikel 3 **Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes**

Das Thüringer Kindergartengesetz vom 18. Dezember 2017 (GVBl. S. 276), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277), wird wie folgt geändert:

1. Nach § 30 a wird folgender § 30 b eingefügt:

"§ 30 b Aussetzung der Elternbeitragspflicht

(1) Abweichend von § 29 Abs. 1 dürfen im Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum Ende der landesweit angeordneten Schließung aller Kindertageseinrichtungen, längstens aber bis zum 30. April 2021, keine Elternbeiträge erhoben werden für Kinder, die an maximal fünf Tagen pro Monat eine Betreuung in Anspruch genommen haben. Sind Kinder an sechs oder mehr Tagen pro Monat betreut worden, bleibt es bei den zwischen den Eltern und Trägern bestehenden vertraglichen Vereinbarungen. Diese Regelung gilt nur für Monate, in denen die Einrichtungen mehr als 15 Kalendertage geschlossen sind. Wurden während dieser Zeit für Kinder, die eine Notbetreuung weniger als sechs Tage in Anspruch genommen haben, Elternbeiträge erhoben, sind diese innerhalb der ersten drei Monate nach dem Ende der landesweit angeordneten Schließung aller Kindertageseinrichtungen zu verrechnen oder zu erstatten.

(2) Zur Minderung des Einnahmeverlustes aufgrund der Aussetzung der Elternbeitragspflicht nach Absatz 1 erhält die jeweilige Gemeinde für die in der Mitteilung nach Absatz 6 erfassten Kinder je Kind vom Land einen zusätzlichen Zuschuss.

(3) Der Zuschuss wird nur gezahlt bei einer vertragsgemäßen Weiterzahlung des Gehalts des Personals der Kindertageseinrichtung, bei gegebenenfalls beantragtem Kurzarbeitergeld bei einer Aufstockung auf mindestens 80 vom Hundert des vertragsgemäßen Gehalts oder bei Anwendung einer tarifvertraglichen Regelung.

(4) Der Zuschuss nach Absatz 2 berechnet sich aus dem nach § 30 Abs. 2 zum Stichtag 1. März 2020 für das Kindergartenjahr 2020/2021 ermittelten durchschnittlich zu zahlenden monatlichen Elternbeitrag aus dem Beitragsaufkommen der fünfjährigen und sechsjährigen Kinder in der jeweiligen Gemeinde, multipliziert mit der Anzahl der Monate zwischen dem 1. Januar und dem 30. April 2021, an denen die Einrichtungen landesweit an mindestens 15 Kalendertagen geschlossen waren.

(5) Der Ausgleich wird innerhalb der ersten sechs Monate nach Wiederaufnahme des regulären Kindergartenbetriebs durch das Land an die Gemeinden ausbezahlt.

(6) Die Gemeinde teilt dem Land mit, wie viele Kinder für den jeweiligen Monat im Gemeindegebiet in den

im Bedarfsplan aufgenommenen Kindertageseinrichtungen angemeldet waren; dabei sind Kinder nicht zu berücksichtigen, für die nach § 30 Abs. 1 kein Elternbeitrag geltend gemacht wird. Die Gemeinde teilt dem Land außerdem mit, wie viele Kinder die Notbetreuung jeweils an sechs oder mehr Tagen in Anspruch genommen haben. Die Träger nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 sind verpflichtet, der Gemeinde die Daten zur Verfügung zu stellen, die zur Erfüllung der Mitteilungspflicht nach den Sätzen 1 und 2 erforderlich sind.

(7) Während der Aufrechterhaltung von Maßnahmen nach den §§ 28 bis 31 Infektionsschutzgesetz (IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045) in der jeweils geltenden Fassung ist eine Kündigung des Betreuungsplatzes durch den Anbieter aufgrund der Nichtinanspruchnahme der Betreuung ausgeschlossen.

(8) Die Absätze 1 bis 7 gelten für die Kindertagespflege und für die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Hinblick auf die in ihrem Zuständigkeitsgebiet in Kindertagespflege betreuten Kinder entsprechend. Abweichend von Absatz 4 bemisst sich der Zuschuss für Kinder in Kindertagespflege pro Kind und Monat nach dem nach § 23 Abs. 2 Satz 2 für das Jahr 2019 ermittelten Durchschnittsbetrag des jeweiligen örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe multipliziert mit der Anzahl der Schließtage.

(9) Das für Kindertagesbetreuung zuständige Ministerium wird ermächtigt, Näheres zur Zuständigkeit, zum Verfahren und zur Auszahlung nach den Absätzen 2 bis 8 in einer Rechtsverordnung zu regeln."

2. Die Inhaltsübersicht wird der vorstehenden Änderung angepasst

Artikel 4 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:

Zu Artikel 1

Zu Absatz 1

Absatz 1 enthält die Regelung, dass während der Dauer einer Schließung der Schulen auf Grund der von Allgemeinverfügungen und Rechtsverordnungen nach dem Infektionsschutzgesetz keine Elternbeteiligung zu den Personalkosten des Landes wie auch den sonstigen Betriebskosten der kommunalen Schulträger erhoben werden. Zu viel gezahlte Elternbeteiligungen werden erstattet. Dies erfolgt regelmäßig im Wege der Verrechnung. Wird im Einzelfall eine Hortbetreuung nach dem Ende der Schließung nicht mehr in Anspruch genommen, erfolgt eine Erstattung.

Zu Absatz 2

In Absatz 2 wird der finanzielle Ausgleich für den Einnahmeverlust aufgrund der Nichterhebung einer Betriebskostenbeteiligung dem Grunde nach geregelt. Er wird an die kommunalen Schulträger ausgereicht, die Horte an Schulen unterhalten.

Zu den Absätzen 3 und 4

Die Ermittlung der tatsächlichen Einnahmeausfälle der Kommunen durch den Verzicht auf die Erhebung der Elternbeteiligung während der Schulschließungen ist aufgrund des hiermit verbundenen enormen Verwaltungsaufwands nur erschwert möglich und könnte erst spät erfolgen. Der finanzielle Ausgleich wird demzufolge pauschaliert aufgrund der Daten der Jahresrechnungsstatistik der Kommunen des dem Ausgleichsjahr vorvergangenen Jahres ausgereicht. In der Jahresrechnungsstatistik der Kommunen sind die Einnahmen aus Elternbeteiligung gesondert erfasst. Die Einnahmen beinhalten in der Statistik die Gesamteinnahmen aus der Elternbeteiligung an den Personalkosten des Landes und den sonstigen Betriebskosten der Kommunen. Die Einnahmen aus der Beteiligung an den Personalkosten sind dem Land bekannt, sodass die Differenz unter zusätzlicher Berücksichtigung des Einbehalts bei der Weiterleitung der Personalkostenbeteiligung nach § 6 Satz 2 Thüringer Hortkostenbeteiligungsverordnung (2,5 vom Hundert) die Elternbeteiligung an den sonstigen Betriebskosten der Kommunen darstellt.

Zu Absatz 5

In Absatz 5 werden die Regularien zur Auszahlung des pauschalierten finanziellen Ausgleichs festgelegt. Mit der zeitnahen Terminierung der Auszahlung des finanziellen Ausgleichs von sechs Monaten nach Beendigung der Schließung wird ein eventueller Liquiditätsengpass bei den kommunalen Schulträgern minimiert und verkürzt.

Zu Absatz 6

Mit der Neuregelung in Absatz 6 wird das Kündigungsrecht des kommunalen Schulträgers aufgrund der Nichtinanspruchnahme der Betreuung in einem Schulhort ausgeschlossen und somit sein Selbstverwaltungsrecht in dieser Hinsicht eingeschränkt, um unbillige Härten zu vermeiden.

Zu Artikel 2**Zu Nummer 1**

Inwieweit die Träger von Schulen in freier Trägerschaft mit Primarstufe während der Zeit der Schul- und Hortschließung aufgrund von Maßnahmen nach den §§ 28 bis 31 IfSG auf das Schulgeld für die Ganztagsbetreuung teilweise verzichten, liegt in ihrer eigenen Verantwortung auf der Grundlage der jeweiligen Schulverträge. Wo ein solcher teilweiser Verzicht erfolgt ist, scheint eine Gleichbehandlung mit den staatlichen Schulen geboten. Das Land erstattet daher Einnahmeverluste, die aus dem teilweisen Verzicht auf das Schulgeld für die Ganztagsbetreuung entstehen.

Zu Absatz 1

Der pauschalierte Erstattungsbetrag in Höhe von 48 Euro pro Monat je Ganztagsplatz ergibt sich aus einem durchschnittlichen Schulgeld für die Ganztagsbetreuung an den Schulen in freier Trägerschaft mit Primarstufe. Eine konkretere Ermittlung der Einnahmeausfälle hinsichtlich des Schulgelds für die Ganztagsbetreuung ist mangels konkreter Datenbasis hinsichtlich der Ganztagsbetreuung an Schulen in freier Trägerschaft nicht möglich und vor dem Hintergrund, dass die Finanzhilfe nach §§ 17 und 18 auch während der Zeit der Schulschließung durch das Land weiterhin gewährt und dadurch für den Ganzttag bereits umgerechnet monatlich 157,33 Euro abgedeckt wird, auch nicht erforderlich.

Zu Absatz 2

Die Formulierung des Absatzes beschreibt die Berechnung des finanziellen Ausgleichs für den jeweiligen Träger der Schule in freier Trägerschaft insgesamt. Einen Ausgleich erhält der Schulträger dabei nur für die Monate der Schließung bei tatsächlichem teilweisen Verzicht auf das vertraglich vereinbarte Schulgeld für die Ganztagsbetreuung.

Zu Absatz 3

Die Auszahlung des pauschalierten finanziellen Ausgleichs nach Absatz 2 erfolgt einmalig und unter Vorlage entsprechender Nachweise durch den Schulträger, insbesondere hinsichtlich der Anzahl der an der jeweiligen Schule zur Verfügung stehenden Ganztagsplätze sowie der Versicherung des Schulträgers, dass sie gegenüber den Eltern auf die Forderung des vertraglich geregelten Schulgelds für die Ganztagsbetreuung verzichtet haben. Diesbezüglich ist ein entsprechender Antrag beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport von den jeweiligen Schulträgern erforderlich. Die Möglichkeit der Schulträger, zusätzliche Einnahmen zu generieren, ist somit ausgeschlossen. Die zeitliche Befristung der Möglichkeit zur Antragstellung durch die Schulträger soll zeitnah Rechtssicherheit für alle Beteiligten sicherstellen.

Zu Absatz 4

Der seitens des Landes gewährte Ausgleich erfolgt außerhalb der staatlichen Finanzhilfe nach §§ 17 und 18, um tatsächlich eingetretene Ausfälle hinsichtlich des Schulgelds für die Ganztagsbetreuung zu kompensieren. Weitere eventuell entstandene oder entstehende Einbußen trotz Zahlung des pauschalierten Ausgleichs sind durch die Schulträger aus ihrem Eigenanteil an der Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft zu tragen.

Zu Nummer 2

Aufgrund des neu eingefügten § 18 b ist eine redaktionelle Anpassung der Inhaltsübersicht erforderlich.

Zu Artikel 3

Zu Absatz 1

Absatz 1 regelt das Verhältnis zwischen den Trägern von Kindertageseinrichtungen und Eltern. Satz 1 untersagt den kommunalen oder freien Trägern von Kindertageseinrichtungen, für Kinder, die wegen der Schließung der Einrichtung aufgrund infektionsschützender Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz nicht betreut werden können, einen Elternbeitrag zu erheben. Das Verbot nach Satz 1 gilt für alle Träger unmittelbar und bezieht sich auf die Dauer der Schließung für jeweils einen vollen Monat oder mindestens 15 Tage im Monat.

In den Sätzen 2 und 3 wird regelt, dass Eltern, die eine Notbetreuung in Anspruch genommen haben, den Elternbeitrag unverändert zahlen. Denn in diesen Fällen haben die Kindertageseinrichtungen auch unter den besonderen Bedingungen infolge der Ausbreitung des Coronavirus eine zuverlässige und risikoarme Betreuung der Kinder sichergestellt. Die von der Kindertageseinrichtung geschuldete Leistung wurde also trotz der erschwerten Bedingungen aufrechterhalten. Dadurch konnten diese Eltern ihrer beruflichen Tätigkeit weiter nachgehen, ihr Einkommen blieb unverändert.

Satz 4 stellt sicher, dass Elternbeiträge, die für den Zeitraum der Schließung zu viel erhoben wurden, an die Eltern zurückgezahlt werden. Der Ausgleich erfolgt regelmäßig im Wege der Verrechnung. Wird im Einzelfall eine Kinderbetreuung nach dem Ende der Schließung nicht mehr in Anspruch genommen, erfolgt eine Erstattung. Diese muss innerhalb der ersten drei Monate nach Wiederaufnahme des regulären Betriebs der Kinderbetreuungseinrichtung erfolgen.

Zu den Absätzen 2 bis 6

Die Absätze 2 bis 6 regeln den Ausgleich der Mindereinnahmen der Kommunen infolge des Verzichts auf die Elternbeiträge durch das Land.

Mit Absatz 2 übernimmt das Land die für die Kommunen entfallenden Elternbeiträge, oder die im Falle einer Übertragung des Betriebs einer Kindertageseinrichtung an Träger nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3 oder 4 entstehenden Mehraufwendungen der Kommunen nach § 21 Abs. 4 Satz 1. Zugleich wird damit der "Kindergartenpakt" vom 3. April 2020 weiterhin umgesetzt. Da auch die übrigen Landesmittel unverändert weitergezahlt werden, bleiben auf diese Weise alle Säulen der Kita-Finanzierung (kommunale Eigenmittel, Elternbeiträge, direkte und mittelbare Landesfinanzierung) auch während der Zeit der Schließungen erhalten. Der Absatz regelt den Ausgleich dem Grunde nach.

Absatz 3 stellt klar, dass mit diesen zusätzlichen Landeszuschüssen die Kommunen unterstützt werden, ihren finanziellen Verpflichtungen im Bereich der Kindertagesbetreuung nachzukommen. Durch den Erhalt aller Säulen der Kita-Finanzierung sind in den Kommunen die Finanzmittel vorhanden, um eigenes Personal in Kindertageseinrichtungen vertragsgemäß weiter zu entlohnen oder gegebenenfalls beantragtes Kurzarbeitergeld auf mindestens 80 Prozent des Nettogehalts aufzustocken.

Die Kommunen können und dürfen auch gegenüber freien Trägern deren volle Personalkosten oder deren Kosten für eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf mindestens 80 Prozent des Nettogehalts als "erforderliche Betriebskosten" im Sinne von § 21 Abs. 4 ThürKigaG anerkennen. Umgekehrt erstattet das Land die Elternbeiträge nur, soweit diese Kosten auch während der Schließung tatsächlich weiter entstehen. Reduzieren kommunale oder freie Träger von Kindertageseinrichtungen ihre Personalkosten trotz der hiesigen Regelung durch Kurzarbeit Ohne Aufstockung, Kündigungen oder ähnliche Maßnahmen, führt dies direkt oder mittelbar zu Einsparungen der Kommunen, sodass es auch keines finanziellen Ausgleichs der entfallenen Elternbeiträge aus Landesmitteln bedarf.

Die Absätze 3 bis 5 enthalten die Grundsätze zu Höhe, Ermittlung und Auszahlung des Zuschusses.

In Absatz 6 sind die entsprechenden Meldepflichten der Kommunen bezüglich der notwendigen Daten zur Ermittlung des Ausgleichsbetrags genannt und geregelt. Danach ist die Anzahl der Kinder zu melden, welche keine Betreuungsleistung nach § 2 Abs. 1 ThürKigaG aufgrund der Schließung der Gemeinschaftseinrichtung nach § 33 Nr. 1 und 2 IfSG in Anspruch nehmen konnten. Ausgenommen hiervon sind zum einen die Kinder, für die keine Elternbeiträge nach § 30 Abs. 1 ThürKigaG erhoben werden, da anderenfalls eine Doppelzahlung des Landes für diese Kinder erfolgen würde. Zum anderen sind die Kinder ausgenommen, deren Eltern nach § 10 b der Dritten Thüringer SARS-CoV-2-Sonder-eindämmungsmaßnahmenverordnung vom 14. Dezember 2020 (GVBl. S. 631), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 25. Januar 2021 (GVBl. S. 57), eine Notbetreuung in Anspruch genommen haben.

Zu Absatz 7

Mit der Neuregelung in Absatz 7 wird das Kündigungsrecht der Träger der freien und öffentlichen Jugendhilfe aufgrund der Nichtinanspruchnahme der Betreuung in einer Kindertageseinrichtung ausgeschlossen und somit sein Selbstverwaltungsrecht in dieser Hinsicht eingeschränkt, um unbillige Härten für die nach § 2 Abs. 1 anspruchsberechtigten Kinder zu vermeiden.

Zu Absatz 8

Die Regelung erstreckt die Aussetzung der Elternbeitragspflicht und die damit verbundenen Folgen auf die Kindertagespflege, weil hier die Interessenlagen gleich sind.

Zu Absatz 9

Die Ermächtigungsgrundlage nach Absatz 9 überträgt dem für Kindertagesbetreuung zuständigen Ministerium die Aufgabe, die näheren Einzelheiten zur Zuständigkeit, zum Verfahren und zur Auszahlung per Rechtsverordnung festzulegen.

Zu Artikel 4

Artikel 4 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Blebschmidt

Lehmann

Henfling

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Thüringer Rechnungshof
ver.di, Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
Lebenshilfe Ilm-Kreis e.V.
Stadt Eltern Beirat Gera
Deutscher Kinderschutzbund, LV Thüringen
Arbeitskreis Thüringer Familienorganisation e.V.
Landeshauptstadt Erfurt
Verband kinderreiche Familien Thüringen e.V.
GEW Thüringen
LAG der freien Schulträger in Thüringen
Thüringer Landeselternvertretung für Kindergarten und Schule
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.
LIGA der freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.
Thüringischer Landkreistag e.V.
Oberbürgermeister der Stadt Gotha
Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Thüringen e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<p>Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKIG) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2602 –</p> <p>Betreuende Eltern während der Corona-Pandemie nicht weiter belasten - Beiträge bei pandemiebedingter Nichtinanspruchnahme von Betreuung in Kindergärten und Horten aussetzen Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2511</p>											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Rechnungshof</td> <td>Oberste Landesbehörde</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Burgstraße 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07407 Rudolstadt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1	Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt
Name	Organisationsform										
Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1										
Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Finanzkontrolle	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Der Thüringer Rechnungshof nimmt zu folgenden Sachverhalten des Gesetzentwurfs und zu den Fragen 1 bis 3 Stellung: <ul style="list-style-type: none"> ▪ veranschlagte Kosten im Wirtschaftsplan des Sondervermögens 2021 unzureichend; Deckung aus Einzelplan 04 erforderlich (Stichwort Mindereinnahmen in Hauptgruppe 4), ▪ pauschale Erstattung nach Durchschnittswerten von Elternbeiträgen im Kindergartenbereich sind aufgrund der heterogenen Gebührenkalkulationen, -festsetzungen und -erhebungen der Gemeinden nicht sachgerecht; Vorschlag: Antragsbasiertes Erstattungsprinzip ▪ Frage 1: keine Prüfungserfahrungen ▪ Frage 2: Differenzierte Regelungen zur Aussetzung der Elternbeteiligungen an Schulen und Kindergärten und zur Erstattungsregelung bei Schulgeldverzicht unter Berücksichtigung der Inanspruchnahme von Betreuungsleistungen wird begrüßt ▪ Frage 3: Die vorgesehene Gebührenübernahme anhand der Meldung nach § 27 Abs. 1 ThürKigaG wird nicht befürwortet. 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz.2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt, 18.02.2021	



Der Präsident

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Mitglieder des
Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKiG)

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/2602 -

Rudolstadt
18. Februar 2021

**Betreuende Eltern während der Corona-Pandemie nicht weiter belasten
- Beiträge bei pandemiebedingter Nichtinanspruchnahme von
Betreuung in Kindergärten und Horten aussetzen**

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/2511 -

hier: Äußerung nach § 111 Abs. 4 der GO des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der Rechnungshof bedankt sich für die Übersendung des Gesetzentwurfs „Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKiG)“ und die Möglichkeit zur Äußerung.

Mit dem Gesetzentwurf sollen die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um Eltern Beiträge für Hort, Ganztagsbetreuung und Kindergärten für die Zeit der pandemiebedingten Schließung zu erstatten bzw. Einnahmeausfälle der Träger von Einrichtungen kompensieren zu können.

Ich nehme für den Rechnungshof zum Gesetzentwurf (Drucksache 7/2602) sowie zum Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 7/2511) wie folgt Stellung.

Bevor ich auf die Fragen eingehe, weise ich zunächst auf Folgendes hin:

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de

– **Kosten – Veranschlagung im Wirtschaftsplan des Sondervermögens 2021** (Vorblatt zum Gesetzentwurf zu D.)

Die Kosten für die Zuschuss- und Ausgleichszahlungen nach Artikeln 1 bis 3 des Änderungsgesetzes sollen über Mittel des Wirtschaftsplans des Sondervermögens „Thüringer Corona-Pandemie-Hilfsfonds“ 2021 abgedeckt werden.

Die im Gesetzentwurf angeführten Kostenprognosen dürften – abhängig von der Dauer des Lockdowns – die jeweiligen Veranschlagungen im Wirtschaftsplan 2021 jedoch deutlich übersteigen.

So stehen beispielsweise den – mit 1,2 Mio. EUR veranschlagten – Ausgaben für die Erstattung von Mindereinnahmen aus Elternbeiträgen für die Nichtinanspruchnahme einer öffentlich geförderten Kindertagesbetreuung¹ prognostizierte Ausgaben von rund 25 Mio. EUR bei einer viermonatigen Schließung und einer Notbetreuungsquote von 30 % gegenüber.

Deckungsmöglichkeiten aus anderen Titeln sind im Wirtschaftsplan nicht vorgesehen. Der Satz, dass die Kosten im Wirtschaftsplan des Sondervermögens abgedeckt sind, trifft insoweit nicht zu. Vielmehr wären die über die Ansätze des Wirtschaftsplans zum Sondervermögen hinausgehenden Kosten dieses Gesetzes aus dem Einzelplan 04 zu decken. Möglichkeiten einer Deckung werden vom Rechnungshof durch erwartete Minderausgaben in der Hauptgruppe 4 des Einzelplans 04 gesehen. So sind 2020 beispielsweise 60 Mio. EUR in dieser Hauptgruppe nicht abgeflossen.

Der Rechnungshof bittet um Klarstellung sowie ergänzende Ausführungen zu den Kosten im Vorblatt zu C. (Artikel 1 bis 3).

– **Pauschale Erstattung nach Durchschnittswerten von Elternbeiträgen im Kindergartenbereich**
(Artikel 3 - § 30 b Abs. 4 ThürKigaG-GE)

In der vom Rechnungshof 2018 durchgeführten Querschnittsprüfung „Kosten und Finanzierung auf kommunaler Ebene für sowie den Bedarf an Kindertageseinrichtungen“ nach § 3 Abs. 1 ThürPrBG i. V. m. § 84 Abs. 1 ThürKO wurde der Frage nachgegangen, wie hoch die Kosten für den laufenden Betrieb von Kindertageseinrichtungen sind und wie diese finanziert werden. Hierzu wurden Daten von rund 200 Kindertagestätten in kommunaler Trägerschaft einbezogen.

Ausweislich der Ergebnisse dieser Prüfung² wird die vorgesehene pauschale Erstattung nach Durchschnittswerten insgesamt kritisch gesehen. Die Höhe der Elternbeiträge stand danach nur bedingt mit den tatsächlichen Kosten für die Kinderbetreuung im Zusammenhang. So ergab die Prüfung ein sehr heterogenes Bild zur Gebührenkalkulation, -festsetzung und -erhebung der

¹ Wirtschaftsplan des Sondervermögens „Thüringer Corona-Pandemie-Hilfsfonds“ 2021, Titel 633 02.

² Veröffentlicht im Jahresbericht der Überörtlichen Kommunalprüfung 2020, Teil E, S. 55 bis 58.

Gemeinden. Eltern finanzierten mit ihren Beiträgen zwischen rund 12 % und 26 % der Betreuungskosten.

Die kommunalen und freien Träger von vielen Kindertageseinrichtungen hatten keine kalkulatorischen Kosten veranschlagt und diese auch nicht in den Kalkulationen der Elternbeiträge berücksichtigt. Somit war es ihnen nicht möglich, den Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge korrekt zu ermitteln.

Obgleich eine pauschale Erstattung aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich sinnvoll ist, spricht sich der Rechnungshof für ein antragsbasiertes Erstattungsprinzip aus. Dieses könnte tatsächlich entstandene Einnahmen und Ausgaben besser berücksichtigen. Hilfen des Landes würden den Kommunen auf diese Weise zielgenauer zur Verfügung gestellt werden.

Frage 1: Welche Erfahrungen haben Sie mit der Form und dem Umgang der Gebührenübernahme im Frühjahr 2020 gemacht?

Dem Rechnungshof liegen hierzu keine Prüfungserkenntnisse vor.

Frage 2: Wie schätzen Sie im Vergleich zur Frühjahrsregelung abweichende Vorschläge des vorliegenden Gesetzentwurfs der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein?

- Aussetzung der Elternbeteiligungen für Hortbetreuungen und Unterbringungen in Internaten
(Artikel 1 - § 12 b Abs. 1 ThürSchFG-GE)

Die Elternbeteiligung für die Hortbetreuung in den Monaten April bis Juni 2020 wurden aus Vereinfachungsgründen, ungeachtet der tatsächlichen Betreuungstage pro Monat, nach vollen Monaten ausgesetzt. Die Aussetzung der Elternbeteiligung knüpft nach dem Gesetzentwurf nunmehr an eine mindestens 15-tägige Schließung der Einrichtung pro Monat an.

Der Rechnungshof erachtet die Beteiligung der Eltern bei Inanspruchnahme der Betreuungsleistung an mindestens 5 Tagen pro Monat als sachgerecht.

- Erstattungsregelung bei vollständigem Schulgeldverzicht
(Artikel 2 - § 18 b Abs. 1 ThürSchFTG-GE)

Wurde den Eltern Schulgeld teilweise oder ganz erlassen, hatten Schulen in freier Trägerschaft in den Monaten April bis Juni 2020 Erstattungsansprüche gegenüber dem Land von 48 EUR je Ganztagsplatz pro Monat. Ebenso wie bei der Hortbetreuung an staatlichen Schulen ist die Erstattung nach den vorgesehenen Regelungen für Schulen in freier Trägerschaft für die landesweit angeordnete Schließung ab 1. Januar 2021 nur dann möglich, soweit die Ganztagsbetreuung an mehr als 15 Kalendertagen pro Monat nicht erfolgt ist und überdies kein Schulgeld von den Eltern erhoben wurde.

Der Rechnungshof hält die Erstattungsregelung für sachgerecht.

- Vermeidung von Überkompensationen bei Schulen in freier Trägerschaft
(Artikel 2 - § 18 b Abs. 1 ThürSchfTG-GE)

Im Unterschied zur vorherigen Regelung wird für Schulen in freier Trägerschaft klargestellt, dass nur dann Einnahmeausfälle vom Land erstattet werden, wenn das Personal weiter beschäftigt, Kurzarbeitergeld auf 80 % aufgestockt bzw. tarifvertragliche Regelungen eingehalten werden.

Der Rechnungshof begrüßt die somit ausgeschlossene Überkompensation durch Transferleistungen Dritter.

- Erlass von Elternbeiträgen für Kindertagesstätten
(Artikel 3 - § 30 b Abs. 1 ThürKigaG-GE)

Elternbeiträge wurden in den Monaten April bis Juni 2020 aus Vereinfachungsgründen für alle Kinder, d. h. auch für diejenigen, die in der Notbetreuung waren, erlassen. Soweit Elternbeiträge gezahlt wurden, waren diese nach den Regelungen im ThürCorPanG mit künftigen Elternbeiträgen zu verrechnen oder zu erstatten.

Der Rechnungshof begrüßt insoweit die für die Schließung der Kindertagesstätten ab dem 1. Januar 2021 vorgesehenen, differenzierten Regelungen zur Beitragspflicht der Eltern. Danach bleibt für Eltern, deren Kinder in gewissem Umfang notbetreut wurden oder werden, die Beitragspflicht bestehen.

Frage 3: Kommt für Sie für eine Gebührenübernahme die Meldung der Kinderzahlen nach § 27 Abs. 1 ThürKigaG von 2020 und 2021 in Frage?

Der Rechnungshof spricht sich gegen die Gebührenübernahme anhand der Meldungen der Kinderzahlen nach § 27 Abs. 1 ThürKigaG aus. Bei dieser Meldung wird lediglich auf „belegte Kindergartenplätze“ abgestellt. Eine Gebührenübernahme durch das Land kann nur dann in Betracht kommen, wenn tatsächlich keine Betreuungsleistungen von Kindern in Anspruch genommen werden. Für notbetreute Kinder ist hingegen die Beitragspflicht der Eltern aufrechtzuerhalten.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKiG)) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2602 - Betreuende Eltern während der Corona-Pandemie nicht weiter belasten - Beiträge bei pandemiebedingter Nichtinanspruchnahme von Betreuung in Kindergärten und Horten aussetzen Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2511 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
1.	Name	Organisationsform
	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) LBz. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Karl-Liebknecht-Straße 30-32
	Postleitzahl, Ort	04107 Leipzig
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	

	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	gewerkschaftliche Interessenvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Unterstützung des Anliegens, daher Verzicht auf umfassende Stellungnahme	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)

	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Leipzig, den 02.03.2021	

THÜR. LANDTAG POST
17.02.2021 08:01

408412021

ver.di • Karl-Liebknecht-Straße 30-32 • 04107 Leipzig

ver di

Tarifkoordination

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Sachsen, Sachsen-
Anhalt, Thüringen

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

poststelle@thueringer-landtag.de

Karl-Liebknecht-Straße 30-32
04107 Leipzig

Telefon: 0341/529010
Durchwahl: 0341752901114

Telefax:
PC-Fax:
manuela.schmidt@verdi.de
www.verdi.de

Datum	17. Februar 2021
Ihre Zeichen	
Unsere Zeichen	schm

**Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen
während der Schließung der Schulen und
Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz
(ThürErstSchKiG)**

GE der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Drucksache 7/2602

**Betreuende Eltern während der Corona-Pandemie nicht weiter belasten –
Beiträge bei pandemiebedingter Nichtinanspruchnahme von Betreuung in
Kindertageseinrichtungen und Horten aussetzen**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 7/2511

hier: Anhörungsverfahren gem. § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezogen auf die uns eingeräumte Möglichkeit einer Stellungnahme zum o.a.
Gesetzentwurf einschließlich des Antrages der Fraktion der CDU möchten wir Ihnen
heute mitteilen, dass wir auf eine Stellungnahme verzichten.

Dem vorliegenden Sachverhalt und der Begründung zufolge können wir das
Anliegen und die Zielsetzung, die mit dem Gesetzentwurf verbunden ist, begrüßen.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKIG) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2602 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Lebenshilfe Jhr. Land e.V.</td> <td>eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Waldstraße 59 98693 Jhmenau</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Waldstraße 59</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>98693 Jhmenau</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Lebenshilfe Jhr. Land e.V.	eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Waldstraße 59 98693 Jhmenau	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Waldstraße 59	Postleitzahl, Ort	98693 Jhmenau
Name	Organisationsform										
Lebenshilfe Jhr. Land e.V.	eingetragener Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Waldstraße 59 98693 Jhmenau										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Waldstraße 59										
Postleitzahl, Ort	98693 Jhmenau										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vorstands vorsitzender	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Inhaltlich nicht konkret und eindeutig, Entscheidungsregelungen für Hojer schlecht.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 22.02.21	

Lebenshilfe Ilm-Kreis e.V. · Waldstraße 5a · 98693 Ilmenau

Geschäftsstelle / Verwaltung
Waldstraße 5a
98693 Ilmenau
Tel. 03677 / 20 46 86
Fax 03677 / 20 46 79
www.lebenshilfe-ilmkreis.de
info@lebenshilfe-ilmkreis.de

Thüringer Landtag
Verwaltung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
22.02.2021 11:28

4517/2021

Ilmenau, den 21. Februar 2021

Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürSchKiG)

hier: Anhörung vom 05.02.2021 gem. § 79 der GO des Thüringer Landtages zum Gesetzentwurf

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Zusendung des Gesetzentwurfes und der zugehörigen Begründung.

Zu dem o.g. Gesetzentwurf der Regierungskoalition möchte ich aus der Sicht eines Freien Trägers eines KiGa folgende Hinweise geben mit der Bitte, diese bei der Diskussion entsprechend zu berücksichtigen. Ich beschränke mich auch ausschließlich auf die KiGa-Regelungen.

Zunächst einmal sollte man sich darüber im Klaren sein, dass die „Erstattung von Mindereinnahmen“, der im Titel des Gesetzes und unter Punkt D., S. 4 Abs. 4 genannt wird, sich im Gesetz nicht wiederfindet.

Stattdessen heißt es in § 30 b Abs. (2): „Minderung des Einnahmeverlustes“ und einen „zusätzlichen Zuschuss“! (Manchmal auch „Erstattung der Elternbeiträge“).

Auch die Formulierung auf S. 2, Zu Artikel 3, Absatz 2 „Für die Einnahmeausfälle leistet das Land einen Ausgleich an die Kommunen“ sowie S.4, ZU Artikel 3 4. Absatz: „Die Mindereinnahmen der Kommunen werden vom Land ausgeglichen“ entspricht nicht dem beabsichtigten „Zuschuss“!

Dieser „Zuschuss“ wird bemessen an **Vergangenheitsdaten**, den Beiträgen aus dem März 2020, die in 2021 nichtmehr gelten, da u.a. durch Tarifierhöhungen die Gebühren für 2021 deutlich angehoben werden mussten. Voraussetzung ist jedoch die volle Weiterzahlung der Gehälter!

Zudem werden als Grundlage die Gebühren der Kinder herangezogen, die ohnehin gar nicht erhoben werden (Beitragsfreiheit) und die in der Regel, wenn es keine einheitlichen Beträge gibt, deutlich niedriger als für die jüngeren Kinder sind. (Der bei der Kostenschätzung angesetzte Wert von € 134,- ist aus meiner Sicht zu niedrig!)

Wie die „Sicherung der Liquidität“ (S. 2) durch Zahlungen die nach § 30b Abs. 5 innerhalb von 6 Monaten nach Wiederaufnahme des **regulären** Betriebes (heißt das Stufe Grün??), als auf den Januar bezogen bis zu **10 Monate** nach der Leistungserbringung(!) an die Kommunen erfolgen soll, erschließt sich mir nicht. Bei 100 Kindern und € 155,- Elternbeitrag im Monat sind das € 62.000,-, um mal ein Gefühl für die Größenordnung zu vermitteln. Zudem vergeht erfahrungsgemäß auch zusätzlich Zeit für den Weg von der Kommune an die Freien Träger!

Für die „Erstattung“ an die Eltern ist hingegen als Erstattungsfrist „innerhalb der ersten drei Monate nach Ende der landesweit angeordneten Schließung aller Kindertageseinrichtungen“ festgelegt. Also grundsätzlich ab dem 22.02.2021 bei Stufe gelb? Warum sind diese Fristen unterschiedlich, woher sollen Freie Träger die Liquidität haben, wenn sie selbst erst Monate später das Geld erhalten?

Insoweit sind auch die Ausführungen auf S. 11 zu Abs. (3) ein bisschen neben der Realität. Der „Erhalt aller Säulen“ ist weder vollumfänglich noch zeitgerecht gegeben, zudem müssen die Träger die „vollen Kosten“ haben, um die „Erstattung der Elternbeiträge“, die ja eigentlich nur ein Zuschuss sind, zu bekommen. Dass man bei Senkung der Personalkosten unabhängig von der Höhe oder dem Grund der Senkung (!) gar keinen Zuschuss (hier ist wieder von „finanziellem Ausgleich die Rede) bekommt, ist nicht nachvollziehbar.

Die Defizite und Liquiditätsprobleme vor allem für die Freien Träger sind daher mit dieser Regelung vorprogrammiert!

Mit der Regelung unter § 30 b Abs. (7) wird für die Zeit der Maßnahmen generell ein Kündigungsverbot verhängt, auch wenn die Nichtinanspruchnahme mit den Maßnahmen möglicherweise nichts zu tun hat!! Warum?

Warum muss den Trägern vorgegeben werden, wie die Erstattung ggf. zu erfolgen hat? (S.10, zu Abs. 1 Satz 4: regelmäßig im Wege der Verrechnung)?

Zu Artikel 3 Absatz 2 (S. 10)

Der Schluss, dass mit der Notbetreuung die Eltern ihrer beruflichen Tätigkeit weiter nachgehen konnten und ihr Einkommen deshalb unverändert blieb, ist aus meiner Sicht nicht möglich und zeigt einmal mehr, wie wenig Verständnis für doch etwas komplexere Zusammenhänge bei den Autoren besteht. Auch in der Notbetreuung hat es z.T. erhebliche Einschränkungen gegeben, zudem kann überhaupt nicht beurteilt werden, wessen Einkommen in der Zeit unverändert blieb. Auch der Zusammenhang zur Zahlungspflicht erschließt sich mir nicht.

Die von der Kindertageseinrichtung „geschuldete Leistung“ gibt es in dem Zusammenhang nicht! Die Elternbeiträge sind nicht als „Entgelte“ für bestimmte Leistungen zu betrachten, da diese nur einen Bruchteil der Kosten abdecken. Sie sind Beiträge zur Finanzierung, die unabhängig von der tatsächlichen Inanspruchnahme zu zahlen sind. So zumindest die Rechtsprechung, auch der Gemeinde- und Städtebund hat hierauf hingewiesen und die Kommunen bereits im Juli zu einer entsprechenden Anpassung ihrer Satzungen aufgefordert.

Aus meiner Sicht sollte mithin konkret und durchgängig das, was geregelt werden soll, auch so bezeichnet werden auch immer mit den gleichen Begriffen. Erstattungen sind eben etwas Anderes als Zuschüsse zur Minderung! Eine Aussetzung der Beitragspflicht ist rückwirkend ohnehin problematisch, warum beschränkt man sich nicht auf den Erstattungsanspruch, sondern setzt rückwirkend die Beitragspflicht aus?

Ich hoffe, dass die obigen Ausführungen ein wenig hilfreich sind und noch einmal einen anderen Blick auf die eine oder andere Regelung ermöglichen.

Grüße aus Ilmenau

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKiG)) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2602 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px; text-align: center;">Thippens</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px; text-align: center;">Mirco</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px; text-align: center;">07552 Gera</td> </tr> </table>	Name	Vorname	Thippens	Mirco	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	07552 Gera
	Name	Vorname									
	Thippens	Mirco									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort	07552 Gera										

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Grantschleimverbreitung der KITAS in Gera	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die Übernahme der Kito-Gebühren für die Zeit der Schließung durch das Land ist unerlässlich. Der Entwurf sollte inhaltlich geringfügig an die zwischenzeitlich beschlossene Öffnung der KITAS angepasst werden	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

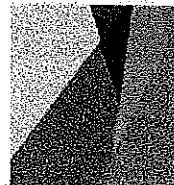
Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gera, 18.02.2021	

Stadt Eltern Beirat Gera
für die Kindertagesstätten in Gera



Eltern mit Wirkung!!



Stadtelternbeirat – c/o M. Trippens – Steinbeckstr. 66 – 07552 Gera

Vorsitzender:

Steinbeckstr. 66
07552 GERA

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

stellv. Vorsitzende:

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1042

zu Drs. 7/2602; 7/2511

Gera, den 18. Februar 2021

**Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen
und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/2602 -**

und

**Betreuende Eltern während der Corona-Pandemie nicht weiter belasten – Beiträge bei
pandemiebedingter Nichtinanspruchnahme von Betreuung in Kindergärten und Horten
aussetzen
Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/2511 -**

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 05. Februar 2021 haben Sie mich gebeten, meine Auffassung zum
Gesetzentwurf und Antrag darzulegen. Ich beziehe mich in meiner Stellungnahme
vordergründig auf den Artikel 3 des Gesetzentwurfs (Kita-Gebühren).

Diese übersende ich in der Anlage.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender des Stadtelternbeirats
für die Kitas in Gera

Stadt Eltern Beirat Gera

für die Kindertagesstätten in Gera



Eltern mit Wirkung!!

Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/2602 -

und

Betreuende Eltern während der Corona-Pandemie nicht weiter belasten – Beiträge bei pandemiebedingter Nichtinanspruchnahme von Betreuung in Kindergärten und Horten aussetzen

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/2511 -

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Aus meiner Sicht ist es unabdingbar hier eine landesweit einheitliche Gesetzesgrundlage zu schaffen. Die Elternbeiträge werden verteilt über den Freistaat mit unterschiedlichen Kriterien berechnet. Dies hat auch unterschiedliche Beitragshöhen zur Folge. Eine fehlende einheitliche gesetzliche Regelung würde wie beschrieben möglicherweise zu einer Klagewelle der Eltern führen.

Es ist, dass die Kosten der Träger unabhängig von der landesweiten Schließung weiterhin anfallen. Hierbei werden die Personalkosten teilweise von den Gebietskörperschaften getragen, teilweise mit auf die Eltern umgelegt. Eine Verminderung der Sachkosten ist marginal (weniger Kinder = weniger Wasser), da der überwiegende Teil der Sachkosten weiterhin in voller Höhe anfällt.

Gleichzeitig erhalten die Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen (können) während der Schließung nicht die vertraglich vereinbarte Leistung. Eine Leistungspflicht der Eltern ist demnach auszuschließen. Da jedoch die Leistungsverweigerung der Einrichtungen bzw. Träger nicht im Verschulden der Einrichtungen bzw. Träger liegt, kann man nicht davon ausgehen, dass diese die Kosten selbst tragen. Der Freistaat ist hier in der Pflicht, den Trägern die Kosten zu ersetzen, sodass weder Träger noch Eltern belastet werden.

Aus Elternsicht kommt hinzu, dass die Eltern teilweise Einkommensverluste in Kauf nehmen. Dies zeigt sich in der Inanspruchnahme der durch die Bundesregierung beschlossenen zusätzlichen Kind-krank-Tage, wodurch Eltern auf durchschnittlich 10% des Nettoeinkommens verzichten. Eine zusätzliche Belastung durch die Kita-Gebühren bei fehlender Inanspruchnahme der Betreuung ist daher unzumutbar.

STadt Eltern Beirat Gera

für die Kindertagesstätten in Gera



Eltern mit Wirkung!!

Bei der im Frühjahr 2020 erfolgten Schließung der Kindertagesstätten wurde geregelt, dass die Erstattung innerhalb von drei Monaten nach Wiederaufnahme des Regelbetriebs (Stufe grün) zu erfolgen hat. Der Gesetzentwurf der Regierungsparteien sieht vor: „...sind diese innerhalb der ersten drei Monate nach Ende der landesweit angeordneten Schließung aller Kindertageseinrichtungen zu verrechnen oder zu erstatten“ (§30b, Abs. 1, letzter Satz).

Der Antrag der Fraktion CDU sieht vor: „...die Erstattung bereits gezahlter Beiträge für nicht in Anspruch genommenen Betreuungsleistungen so zu regeln, dass sie innerhalb von drei Monaten Wiederaufnahme des regulären Betreuungsbetriebs erfolgt.“

Hier muss dem Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, B'90/DIE GRÜNEN gefolgt werden. Es ist auf Grund der Pandemielage nicht abzusehen, ab wann die Kindergärten in Thüringen wieder in den Regelbetrieb (Stufe grün) gehen. Eine Verordnung, die dies regelt, liegt aktuell noch nicht vor. Von daher ist die Regelung aus dem Gesetzentwurf zielführend. Die landesweite Schließung endet am 19. Februar 2021, so dass die Eltern mit einer Erstattung bis Ende Mai (evtl. Ende Juni) rechnen könnten. Ein Warten auf den Regelbetrieb halte ich für nicht sinnvoll.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Erstattung nur für Monate erfolgt, in denen die Kindertagesbetreuung landesweit an mehr als 15 Kalendertagen geschlossen war. Dies würde bedeuten, dass für den Monat Februar alle Eltern den vollen Betrag zu zahlen hätten. Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Entwurfs war allerdings nicht abzusehen, dass die Kindertagesstätten am 22.02.2021 wieder in den eingeschränkten Regelbetrieb gehen und somit im Februar tatsächlich nur 15 Tage die landesweite Schließung Bestand hatte. Es sollte daher mit Beschlussfassung im März (April) konkret geregelt werden, dass die Elternbeiträge für Januar und Februar zu erstatten sind. Im Dezember (ab 16.12.2020) hat ein weitaus größerer Teil der Eltern die Betreuungsleistung nicht in Anspruch genommen, als in den Monaten Januar und Februar 2021. Allerdings betrifft dies im Dezember in der überwiegenden Zahl nur 5 Tage, da die meisten Einrichtungen auf Grund der Regelungen im Betreuungsvertrag generell ab dem 24.12. keine Betreuung anbieten. Diese 5 Tage lassen sich mit den übrigen 5 Öffnungstagen im Februar verrechnen. Es sollten also alle Eltern befreit werden, die auch im Februar maximal 5 Tage **Notbetreuung** in Anspruch genommen haben.

Allerdings beinhaltet die geplante Regelung der Erstattung für Eltern, die die Notbetreuung maximal 5 Tage im Monat beansprucht haben, auch einen erhöhten Verwaltungsaufwand für die Einrichtungen und Träger.

Stadt Eltern Beirat Gera

für die Kindertagesstätten in Gera



Eltern mit Wirkung!!

Verfolgt man die Entwicklung der Infektionen – auch mit den Mutanten – ist aus meiner Sicht noch kein Ende der pandemischen Lage abzusehen. Unter Umständen muss davon ausgegangen werden, dass eine weitere Infektionswelle kommt, die eine erneute Schließung der Einrichtungen zu Folge hat.

Daher sollte die Regelung im ThürKitaG dahingehend getroffen werden, dass auch zukünftige pandemiebedingte Schließungen berücksichtigt werden. Eine derartige Ausgestaltung des Gesetzes wäre sehr familienfreundlich, da betroffene Eltern dann vom ersten Tag der Schließung Rechtssicherheit in Bezug auf die Gebühren hätten. Während der aktuellen Schließung haben einzelne Träger oder Gebietskörperschaften auf die Erhebung der Beiträge verzichtet, in der Annahme, dass eine landeseinheitliche Regelung getroffen wird. Diese Vorgehensweise ist aus Sicht der Eltern zu begrüßen, stellt aber auch ein wirtschaftliches Risiko für die Träger dar. Im Übrigen würde es den nachträglichen Verwaltungsaufwand für alle Beteiligten vermeiden, was auf allen Seiten zu Kosteneinsparungen verhilft. Dies wird im Antrag der CDU aus meiner Sicht berücksichtigt.

Abschließend möchte ich auf die Fragen aus dem Fragenkatalog eingehen:

1. Welche Erfahrungen haben Sie mit der Form und dem Umfang der Gebührenübernahme im Frühjahr 2020 gemacht?

Hier wurde der komplette Zeitraum der Schließung erstattet für alle Kinder, die nicht in der Notbetreuung waren.

Allerdings habe ich in Gera festgestellt, dass die Träger mit dem Zeitfenster sehr unterschiedlich umgegangen sind. Während wenige Träger bereits Ende August an die Eltern zurückgezahlt haben, gab es mindestens einen Träger, der den kompletten Zeitrahmen ausgenutzt hat und erst Ende November die Zahlung an die Eltern geleistet hat.

2. Wie schätzen Sie die im Vergleich zur Frühjahrsregelung abweichenden Vorschläge des vorliegenden Gesetzentwurfs der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein?

- a) Wie oben bereits beschrieben. Ein Gesetzestext bezogen konkret auf die Monate Januar und Februar ist zielführender, als der Vorschlag „an mehr als 15 Kalendertagen geschlossen“.
- b) Der aktuelle Vorschlag zum Zeitpunkt der Erstattung „innerhalb 3 Monate nach Ende der Schließung“ ist sinnvoller als die Regelung aus dem letzten Jahr, als sich der Zeitpunkt am Wiederbeginn des Regelbetriebs orientierte.

Stadt Eltern Beirat Gera

für die Kindertagesstätten in Gera



Eltern mit Wirkung!!

3. Kommt für Sie für eine Gebührenübernahme die Meldung der Kinderzahlen nach § 27 Abs. 1 ThürKitaG von 2020 oder 2021 in Frage?

Hier müssen die Zahlen aus 2020 zu Grund gelegt werden.

Stadt Eltern Beirat Gera

für die Kindertagesstätten in Gera



18.02.21

Datum / Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zum Ausgleich der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürASchKiG), Gesetzentwurf der											
1.	<p>Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Deutscher Kinderschutzbund, LV Thüringen</td> <td style="padding: 5px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Johannesstraße 2</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Deutscher Kinderschutzbund, LV Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannesstraße 2	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Deutscher Kinderschutzbund, LV Thüringen	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannesstraße 2									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
<p>2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>											
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname								
	Name	Vorname									
	<p><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse</p> <p>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</p>										
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort								
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

04. MRZ. 2021

THÜR. LANDTAG POST.

04.03.2021 11:13

5779/2021

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKIG)) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2602 - Betreuende Eltern während der Corona-Pandemie nicht weiter belasten - Beiträge bei pandemiebedingter Nichtinanspruchnahme von Betreuung in Kindergärten und Horten aussetzen Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2511 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Johannesstr. 127 Naturfreundehaus Charlotte Eschlaßke</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Johannesstr. 127</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Johannesstr. 127 Naturfreundehaus Charlotte Eschlaßke	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannesstr. 127	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Johannesstr. 127 Naturfreundehaus Charlotte Eschlaßke										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannesstr. 127										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)
----	--

	Familienverbandsarbeit
--	------------------------

4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?
----	---

	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)
--	--

	Siehe beigefügte PM
--	---------------------

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)
----	---

	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
--	--	-------------------------------

	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?
--	---

--	--

	In welcher Form haben Sie sich geäußert?
--	---

	<input type="checkbox"/> per E-Mail
	<input type="checkbox"/> per Brief

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)
----	--

	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
--	-----------------------------	---

	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
2.3.21 : 8/07	

THÜR. LANDTAG POST
23.02.2021 08:43

458112021

AKF

Arbeitskreis

Thüringer Familienorganisationen e.V.

Deutscher Familienverband, LV Thüringen (DFV); Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, Landesarbeitskreis Thüringen (eaf); Familienbund der Katholiken im Bistum Erfurt und im Freistaat Thüringen (FDK); Verband alleinerziehender Mütter und Väter, LV Thüringen (VAMV); Landesverband der Pflege- und Adoptivfamilien e.V. (PfAd); Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V. (KRFT); NaturFreunde Thüringen e.V., Der Kinderschutzbund LV Thüringen e.V.; pro familia LV Thüringen e.V.

Thüringer Landtag
Jürgen Fuchs Straße 1

99096 Erfurt

22.02.2021

Stellungnahme zum ThürErstSchKiG

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen wurde eingeladen, zum Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem InfSchG (ThürErstSchKiG) Stellung zu nehmen. Dies möchten wir hiermit in aller Kürze tun. Eine Vielzahl unserer Einzelverbände, wie der Kinderschutzbund LV Thüringen und der Verband alleinerziehender Mütter und Väter, LV Thüringen (VAMV) sowie der Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V. (KRFT) u.a. nehmen darüber hinaus einzeln und umfänglich Stellung.

Die Familienverbände begrüßen die Notbetreuung zu Zeiten, in denen die Kinderkrippen, -gärten und die Schulen pandemiebedingt geschlossen zu halten sind. Ebenso vertreten wir das Anliegen, Beiträge für die Kinderbetreuung zurückzuerstatten für eine Leistung, welche die Eltern nicht in Anspruch nehmen konnten und damit auch nicht erhalten haben, sondern diese Leistung innerhalb der Familie, oftmals neben ihrer eigenen Arbeit unter hoher Belastung und Einkommenseinbußen, selbst erbracht haben. Im Gesetzentwurf ist der Ausgleich ab 1. Januar 2021 vorgesehen. Bedeutet dies, dass für den Lockdown im Dezember 2020 keine Erstattungen diskutiert werden?

Aus Sicht der Familien, von denen Gebühren teilweise weiterhin und parallel zum realen Aufwand getragen werden mussten, erscheint uns die Befassung mit dem Thema und die Verabschiedung der Beschlussvorlage im April 2021 deutlich zu spät. Hinzukommt, dass die Familienhaushalte auf Grund der Pandemie nicht selten ohnehin Einkommensverminderungen zu beklagen haben. Diese Verzögerung bei der Regelung zur Erstattung führt zu weiterer Unsicherheit und Unklarheit in den Familien und bei den Trägern. Die Regelungen in den zu ändernden Gesetzen sollten sich überdies nicht nur auf den aktuellen Zeitraum beziehen, sondern auch zukünftige Fälle der Schließung von Einrichtungen im Blick haben und grundsätzlich regeln und damit Transparenz und Planungssicherheit für alle Betroffenen herstellen.

Stellung zu Fragen im CDU Antrag:

Die im Lockdown im Frühjahr 2020 aus dem Sondervermögen des Landes erstatteten Elternbeiträge ungeachtet einer Nutzung der Notbetreuung waren aus Sicht der Familienverbände der richtige Weg.

Warum dies im Jahr 2021 anders als im Vorjahr geregelt wird erschließt sich für Eltern kaum. Deren finanzielle Belastungen sind 2021 unter den pandemiebedingten Einschränkungen nicht weniger geworden.

Das vorliegende Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen der Träger ist wesentlich differenzierter gestaltet und erstattet Beiträge nicht mehr pauschal in voller Höhe unabhängig der Nutzung der Notbetreuung zurück. Der AKF begrüßt, dass durch das Gesetz eine klare Regelung im Umgang mit den geleisteten Beiträgen der Eltern angestrebt wird.

Ausgehend davon, dass die Einrichtungen per Verordnung geschlossen sind und damit keine Beiträge im herkömmlichen Sinne erhoben werden können bzw. diese zurückzuzahlen sind, sehen wir das Erheben von anteiligen Beiträgen gegenüber Eltern für die Nutzung der eingeschränkten Leistung „Notbetreuung“ als gerechtfertigt an. Über den geeigneten Indikator herrscht Unklarheit. Eine taggenaue Abrechnung wäre für die Familien der gerechteste Weg, ist jedoch vermutlich zu umständlich.

An dieser Stelle möchten wir die Landesregierung Thüringens bestärken, hinsichtlich der gemeinsamen Forderung der Arbeitsgemeinschaft der Familienorganisationen im Bund sowie die Landesarbeitsgemeinschaften der Familienorganisationen die Bundes- und Länderregierungen, am Verhandlungstisch zu bleiben.

- Bringen Sie ihre Verhandlungen zum Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung mit hoher Qualität für Kinder im Grundschulalter unverzüglich zu einem erfolgreichen Abschluss.
- Gestalten Sie dabei den Anspruch dauerhaft mit inhaltlichen und finanziellen Rahmenbedingungen, die eine hohe Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungs-Qualität gewährleistet.

Dadurch ließe sich mehr Bildungsgerechtigkeit für Kinder aus Familien mit unterschiedlichen Bildungsressourcen schaffen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	<div style="width: 50%;">Name</div> <div style="width: 50%;">Organisationsform</div>	
	<div style="width: 50%;">Landeshauptstadt Erfurt</div> <div style="width: 50%;">kreisfreie Stadt Körperschaft öffentlichen Rechts</div>	
	<div style="width: 50%;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="width: 50%;"></div>	
	<div style="width: 50%;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="width: 50%;">Fischmarkt 1</div>	
	<div style="width: 50%;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="width: 50%;">99084 Erfurt</div>	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	<div style="width: 50%;">Name</div> <div style="width: 50%;">Vorname</div>	
	<div style="width: 50%;"></div> <div style="width: 50%;"></div>	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	<div style="width: 50%;">Straße, Hausnummer</div> <div style="width: 50%;"></div>	
	<div style="width: 50%;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="width: 50%;"></div>	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	öffentliche Verwaltung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG) - In die Berechnung der Erstattungspauschale für Kita sind nicht nur die 5- und 6jährigen zu berücksichtigen, sondern auch die Jüngeren. - In der Erfurter Hortverordnung gibt es keine Kündigungsmöglichkeit wegen Nichtinanspruchnahme des Hortplatzes. - Im Art. 3 ist der § 30 Abs 1 Satz 1 zu überdenken, da die Pandemiezeit nicht absehbar ist	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 02.03.2021	

Stadtverwaltung Erfurt
Bürgermeisterin und Beigeordnete
für Soziales, Bildung und Jugend
Fischmarkt 1
99084 Erfurt

Der Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Erfurt, Der Oberbürgermeister, 99111 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1045
zu Drs. 7/2602; 7/2511

Schreiben des Thüringer Landtages vom 05.02.2021 zum Gesetzesentwurf
ThürErstSchKIG
hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer
Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,

Erfurt, 23. FEB. 2021

bezugnehmend auf das o.g. Schreiben nimmt die Landeshauptstadt Erfurt wie
folgt Stellung.

- Stellungnahme zu Anlage 2:
Gesetzesentwurf – Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen
während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach
dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKIG)

hier: Artikel 1 – Änderungen ThürSchFG

Zunächst ist auffällig, dass der Gesetzgeber, abweichend von den
Frühjahrsregelungen 2020 im § 12a ThürSchFG, nicht beabsichtigt eine
Befreiung der Eltern von den Kosten für die Unterbringung in den
Internaten zu regeln. Hierzu bedarf es einer vermittelbaren Begründung.

Das Berechnungsmodell sowie das Erstattungsprozedere hinsichtlich des
pauschalierten finanziellen Ausgleich der Einnahmeverluste auf Grund der
nicht zu erhebenden Elternbeteiligung am Betriebskostenanteil der
Hortgebühren, gem. § 12b Abs. 3 bis 5, entspricht annähernd den
Regelungen des § 12a Abs. 3 bis 5 ThürSchFG.

Der Erstattungsbetrag für den Zeitraum April bis Juni 2020 konnte anhand
des Berechnungsmodells nachvollzogen werden und entspricht den hier
errechneten Einnahmeverlusten. Gleiches wird auch für den in Aussicht
gestellten Ausgleich der Einnahmeausfälle für den Zeitraum 1. Januar 2021
bis zum Ende der landesweit angeordneten Schließung der
Bildungseinrichtungen erwartet.

Die städtische "Satzung über die Benutzung der Horte an Grund- und
Gemeinschaftsschulen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Erfurt" sieht

Seite 1 von 3

eine Kündigung des Hortplatzes wegen Nichtinanspruchnahme der Betreuung nicht vor. Insofern trifft diese Regelung für die LH Erfurt nicht zu.

hier: Artikel 3 – Änderungen ThürKigaG

Der Aufnahme des § 30 b – Aussetzung der Elternbeitragspflicht wird seitens der Stadt Erfurt grundsätzlich zugestimmt.

Jedoch kann Absatz 4 des genannten Gesetzesentwurfes nicht mitgetragen werden. In der Berechnung des Zuschusses auf Grundlage des durchschnittlichen monatlichen Elternbeitrags werden lediglich die Beitragsaufkommen der 5- bis 6-jährigen Kinder berücksichtigt. Unberücksichtigt bleiben hier die Kinder, die erst am Anfang der Betreuung in einer Kindertageseinrichtung stehen und für die ein höherer Beitrag fällig wird. Demnach ergibt sich für die Stadt Erfurt mit der vorgesehenen gesetzlichen Regelung wiederum ein Fehlbetrag.

Des Weiteren ist § 30b Absatz 1 Satz 1 des Entwurfes zum ThürKigaG zu überdenken, da die Dauer der landesweiten Schließung der Einrichtungen zurzeit nicht absehbar ist.

- **Stellungnahme zu Anlage 3:**

Antrag – Betreuende Eltern während der Corona-pandemie nicht weiter belasten – Beiträge pandemiebedingter Nichtinanspruchnahme von Betreuung in Kindergärten und Horten

Die unter Punkt III. aufgeführten Forderungen werden seitens der Stadt Erfurt unterstützt. Mit der Änderung des ThürKigaG wird versucht diesen Forderungen nachzukommen.

- **Stellungnahme zu Anlage 4 - Fragen**

1. **Welche Erfahrungen haben Sie mit der Form und dem Umfang der Gebührenübernahme im Frühjahr 2020 gemacht?**

Mit Schreiben vom 04.09.2020 legte die Stadt Erfurt Widerspruch zu dem Bescheid vom 28.08.2020 ein. Wie bereits erwähnt, werden in Bezug auf § 30 a Abs. 4 i. V. m. § 30 Abs. 2 ThürKigaG bei der Berechnung des Zuschusses auf Grundlage des durchschnittlichen monatlichen Elternbeitrags lediglich die Beitragsaufkommen der 5- bis 6-jährigen Kinder berücksichtigt. Kinder, die erst am Anfang der Betreuung in einer Kindertageseinrichtung stehen, bleiben demnach unberücksichtigt.

Die Einnahmeausfälle der Stadt Erfurt wurden durch die Zahlung des Zuschuss gemäß § 30 a ThürKigaG demnach nur teilweise kompensiert.

2. **Wie schätzen Sie die im Vergleich zur Frühjahrsregelungen abweichenden Vorschläge des vorliegenden Gesetzesentwurfes der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein?**

Insbesondere durch den § 30 b Absatz 6 des vorliegenden Entwurfs zum ThürKigaG wird ein erhöhter Verwaltungsaufwand im Vergleich zu den Regelungen des Frühjahres 2020 verursacht. Einerseits umfasst die Mitteilung der Stadt Erfurt an den Freistaat Thüringen die Anzahl der für den jeweiligen Monat im Gemeindegebiet in den im Bedarfsplan aufgenommen Kindertageseinrichtungen angemeldeten Kinder. Zudem ist zusätzlich die Kinderanzahl zu melden, die die Notbetreuung jeweils an sechs oder mehreren Tagen in Anspruch genommen haben. Die Träger sind dabei in der Mitteilungspflicht.

Folglich stellt diese Aufteilung einen erhöhten Verwaltungsaufwand für die Träger und für die Stadt Erfurt dar.

3. Kommt für Sie für eine Gebührenübernahme die Meldung der Kinderzahlen nach § 27 Abs. 1 ThürKigaG von 2020 oder 2021 in Frage?

Für die Meldung der Kinderzahlen nach § 27 Abs. 1 ThürKigaG kommt für die Stadt Erfurt nur das Jahr 2021 in Frage.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKIG)) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2602 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Verband kinderreiche Familien Thüringen e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Trüben Str. 2</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99423 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Verband kinderreiche Familien Thüringen e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Trüben Str. 2	Postleitzahl, Ort	99423 Weimar		
Name	Organisationsform												
	Verband kinderreiche Familien Thüringen e.V.												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Trüben Str. 2												
Postleitzahl, Ort	99423 Weimar												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
	Interessenvertretung von Familien mit drei und mehr Kindern	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
	→ Regelung der Gestaltung für alle Kinder unter 10 Jahren in Betreuung gleich formulieren und abrechnen → einheitliche und tageweise Abrechnung bei ausfallenden Betreuungskosten ausbezahlt → stärkere regionale Betrachtung und bei Öffn., Schließung und Gestaltung anwenden	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar, 23.02.2021	

THÜR. LANDTAG POST
23.02.2021 09:51

460312021

Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V.
Trierer Straße 2, 99423 Weimar

Thüringer Landtag

- Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt



Verband kinderreicher
Familien Deutschland e.V.

Landesverband Thüringen

Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V.
Trierer Straße 2
99423 Weimar

www.thueringen.kinderreichfamilien.de
thueringen@kinderreiche-familien.de
projekt@familienkarte-thueringen.de

Weimar, 22.02.2021

Stellungnahme des Verbandes Kinderreicher Familien Thüringen e.V.

Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKiG) – Antrag DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen DS. 7/2602

Betreuende Eltern während der Corona-Pandemie nicht weiter belasten – Antrag CDU-Fraktion DS 7/2511

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 05.02.2021 ist der Verband aufgefordert, sich im differenzierten Anhörungsverfahren zu äußern.

Der Verband bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme und hofft, wertvolle Anregungen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens geben zu können.

Grundsätzlich begrüßt der Verband, dass Eltern während der angeordneten Schließung von Kindergärten und Grundschulhorten in staatlicher Trägerschaft, sowie der Freien Schulen, keine Gebühren entrichten sollen.

Für die Erstattung von Betreuungsentgelten wird vorab für Kindergarten, Horte und Betreuung in freien Schulen festgestellt:

Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V.
Trierer Straße 2
99423 Weimar

www.kinderreichfamilien.de
info@kinderreiche-familien.de

1.) Für Eltern ist es unerheblich, welche staatliche Stelle die Schließung der Einrichtungen (Hort, Kindergarten und freie Schulen) anordnet. Im Zeitraum vom 16.12.2020 bis 19.02.2021 galt die Regelung für alle Einrichtungen in Landkreisen und kreisfreien Städten in Thüringen. Mit dem eingeführten Stufenplan ergibt sich ab dem 22.02.2021 ein differenziertes Bild, welches auch in der Gebührenerstattung dargestellt werden sollte.

Das Gesundheitsministerium hat bei einer Inzidenz von über 200 pro 100.000 Einwohner innerhalb von 7 Tagen die Öffnung von Kitas und Schulen weiterhin untersagt. Hingegen können Landkreise selbstständig bei einem Wert zwischen 150 bis 200 entscheiden.

Dabei ist es für die Eltern unerheblich, welche Stelle den Zugang zur Einrichtung untersagt, soweit in der Folge keine Betreuung der Kinder stattfindet. Es braucht daher eine **Klarstellung** im Gesetz, dass **unabhängig von der anordnenden Stelle** (Land oder Landkreis) eine **Kostenerstattung oder -verrechnung von Gebühren** für alle angeordneten Schließungen von institutioneller Betreuung **erfolgt**.

2.) Familien sind grundsätzlich bereit, bei Nutzung der Betreuungsangebote der Notbetreuung in den Einrichtungen die vereinbarten Nutzungsentgelte zu zahlen. Es gibt keinen sachlichen Grund, Eltern, die ihre Kinder in der Notbetreuung unterbringen konnten, anteilig von der Gebührenpflicht auszunehmen und ebenfalls die Gebühren zu erstatten. Anders als Eltern, deren Kinder von der Notbetreuung ausgeschlossen sind, besteht für diese Eltern weiterhin die Möglichkeit, ihrer beruflichen Tätigkeit nachzugehen und die finanzielle Basis der Familie zu sichern. Anders verhält es sich bei Familien, welche um die Betreuung der Kinder zu Hause abzusichern ihre Stundenanzahl reduzieren, in Kurzarbeit gehen oder die Möglichkeit der Kinderkrankentage (aufgestockt auf 20 Tage pro Kind) nutzen mussten. Diese Eltern haben finanzielle Einbußen durch die Eigenleistung der Kinderbetreuung zu Hause erbracht. Sie sollten vollumfänglich von Kostenbelastungen freigestellt werden, soweit keine Betreuung der Kinder erfolgt.

3.) Gem. Gesetzentwurf DS 7/2602 entfällt die Zahlungspflicht der Eltern für Hortkinder nur, wenn die Einrichtung an „mehr“ als 15 Kalendertagen geschlossen ist. Die Regelung für Eltern von Kindergartenkindern ist differenzierter, soweit sie gem. § 30 b I S. 2 und 3 vorsieht, dass eine Betreuung von weniger als sechs Tagen in Anspruch genommen wurde. Anreize für Eltern, ihre Kinder weniger als sechs Tage in die Einrichtung zu bringen, können nachträglich nicht mehr gesetzt werden. Wenn der Gesetzgeber dieses Ziel zukünftig verfolgen möchte,

sollte es entsprechend formuliert und Familien vorab bekannt gemacht werden. Nur dann können Familien in Kenntnis dieser Sachlage eine Entscheidung über den Betreuungsumfang von mehr oder weniger als sechs Tagen pro Monat treffen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Regelung nach Auffassung des Verbandes verwirrend und erreicht nicht das angestrebte Ziel.

Daher sollten die **Regelungen für alle Kinder unter 10 Jahren in Betreuung gleich formuliert und abgerechnet** werden. Ansonsten könnten Familien unterschiedliche Rückerstattungsansprüche mit Kindern in Hort und Kindertagesstätte zustehen, obwohl die Kinder im selben Umfang die institutionelle Betreuung nutzen.

Der Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V. priorisiert eine **einheitliche und taggenaue Abrechnung** für Kinder in Kindergarten, Hort und der Tagespflege **bei den angefallenen Betreuungskosten**. Ausgehend von monatlichen Betreuungstagen zwischen 20 bis 23 Tagen sollte die Abrechnung durch die Kindergarten- und Schulträger einheitlich erfolgen. Die Angaben von maximaler Betreuungszeit und Schließzeit in § 30 b I S. -3 und 4 sollten gestrichen werden. Dies **erleichtert die Verständlichkeit und Transparenz bei der Erstattung** der Kosten.

4.) Die Gebührenerstattung an Familien soll erst drei Monate nach dem Ende der landesweit angeordneten Schließung (vgl. § 12 b I S. 3 ThürSchFG und § 30 b I S. 4 ThürKigaG) erfolgen. Diese Regelung ist nicht familienfreundlich, da zu lang. Die Erstattung sollte auf den Folgemonat oder spätestens auf zwei Monate verkürzt werden, um die Liquidität der Familien nicht weiter einzuschränken. Gerade diese Familien haben in den zurückliegenden Wochen und Monaten ihre Flexibilität unter Beweis gestellt und u.a. mit Stundenreduzierung und Kurzarbeit die notwendige Kinderbetreuung selbst organisiert und abgesichert. Das Familieneinkommen wurde hierdurch in vielen Fällen bereits spürbar vermindert und die Familien belastet.

5.) Unklar und noch näher zu definieren ist aus Sicht der Verbandes die Formulierung „**landesweit angeordnete Schließung**“ (vgl. § 12 b I S. 1 ThürSchFG und § 30 b I S. 1 ThürKigaG). Der Thüringer Ministerpräsident Ramelow hat in KW 6 die Öffnung der Kindergärten und Schulen verkündet. Am 15.02.2021 erfuhren Eltern über die Thüringer Presse, dass eine Öffnung von Kindergärten und Schulen für den 22.02. vorgesehen sei. Ist damit die **landesweite Schließung von Einrichtungen** aufgehoben, auch wenn nicht in allen Landkreisen zum 22.02.2021 die Einrichtungen wieder öffnen?

Wir regen aus Klarstellungsgründen ausdrücklich an, die Vorlage dahingehend zu konkretisieren, dass alle Schließungen nach IfSG oder aufgrund der nach dem IfSG erlassenen Verordnungen gemeint sind (nicht nur „Ladesweite“).

Andernfalls können Unklarheiten zum Umfang der Regelung auftreten.

Wie ordnet sich sonst z. B. die weiter bestehende Schließung von Einrichtungen für den Landkreis Schmalkalden-Meiningen mit einer Inzidenz von über 200 pro 100.000 Einwohner ein? Die Öffnungen wurden ausdrücklich von Ministerin Werner untersagt. Weiterhin haben die Landkreise Unstrut-Hainich-Kreis und Kyffhäuser-Kreis mit einer aktuellen Inzidenz zwischen 150 und 200 pro 100.000 Einwohner ihre Einrichtungen nicht geöffnet. Anders entschieden sich hingegen die Landkreise Gotha, Hildburghausen, Saale-Orla, Saale-Holzland und Weimarer Land, welche trotz erhöhter Inzidenzwerte Grundschulen und Kindergärten per 22.2.2021 öffneten (Quelle: TA vom 22.02.2021 „Fünf Landkreise eröffnen Schulen und Kitas trotz hoher Inzidenzen“).

Schon dieses aktuelle Beispiel macht deutlich, dass eine **stärkere regionale Betrachtung** und damit verbunden die **Öffnung/Schließung und Erstattung von Beiträgen in den Einrichtungen notwendig** ist. Dies sollte in den Regelungen zum Gesetz zur Aussetzung der Elternbeitragspflicht für Hort, Kindergärten und freie Schulen entsprechend geregelt werden.

6.) Der Verband regt eine gesetzliche Regelung bzgl. der **Erstattung von Elternbeiträgen** in Einrichtungen **ohne zeitliche Begrenzung** an. Die DS 7/2602 sieht eine zeitliche Begrenzung bis zum 30.04.2021 vor. Da aktuell nicht absehbar ist, wie sich das weitere Infektionsgeschehen entwickelt, welche Mutationen die Ausbreitung des Virus beschleunigen und wann eine Impfquote erreicht sein wird, welche einer Herdenimmunität gleich kommt, sollte diese entfallen. Ggf. müssen bei weiteren Mutationen und einer Zuspitzung in der Pandemie bis weit in den Frühsommer oder bereits im Herbst 2021 die komplette Schließung angeordnet werden. Vielmehr sollte eine Formulierung gefunden werden, welche weitere Störungen im Betreuungsangebot für Kinder bis zum Alter von 10 Jahren langfristig im Blick hat. Die Befristung macht bei geänderten Einschätzungen ein erneutes (längeres) Gesetzgebungsverfahren notwendig und gibt damit weder Eltern noch Trägern von Einrichtungen Planungssicherheit über den o.g. Zeitraum hinaus.

Daher sollte Abs. 1 S. 1 wie folgt formuliert sein:

„... ab dem Zeitraum vom 1. Januar 2021 werden bei angeordneter Schließungen in Zusammenhang mit dem aktuellen Pandemiegeschehen von Kindertageseinrichtungen, Horten, Freien Schulen durch Ministerien oder das zuständige Landratsamt (begrenzt auf den gesamten Landkreis oder einzelne Einrichtungen) erhobene Elternbeiträge im Folgemonat, spätestens nach zwei Monaten im Umfang der erbrachten Betreuungstage pro Monat erstattet. Konnte die Betreuung nur anteilig genutzt werden, reduzieren sich anteilig die Betreuungskosten.“

Fazit: Rückzahlungen müssen schneller und regional differenziert an Familien erfolgen.

Ansonsten kreditieren ALLE Thüringer Eltern bis ggf. Juli 2021 die Schließung von Einrichtungen, obwohl sie selbst davon gar nicht mehr betroffen sind. Die Anpassungen im Gesetz (ThürSchFG, ThürKigaG und ThürSchFTG) sollten über den Stichtag 30.04.2021 Anwendung finden und nicht neue Gesetzgebungsverfahren notwendig machen.

Die Corona-Zeit verlangt eine hohe Flexibilität von Eltern, Trägern von Kindergärten, Tagesmüttern und der zuständigen Verwaltung.

Unbeachtet lässt die **DS 7/2602** bisher den **Umstand, dass Schulen und Horte bereits ab Anfang November 2020** in einigen Landkreisen geschlossen werden mussten, weil Personal nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stand (krank war oder sich in Quarantäne befand) oder die gesamte Schule (Personal und Kinder) in Quarantäne geschickt wurden. Inwieweit werden diese Hortgebühren erstattet, deren Schließung nicht von Eltern zu vertreten war, sondern angeordnet wurde?

Der Entwurf DS 7/2602 enthält hierzu keine Regelung und sollte diesbezüglich **familienfreundlich nachgebessert** werden. Angesichts des dynamischen Pandemiegeschehens bestehen Unsicherheit für Eltern von Gruppen- oder Einrichtungsschließungen weiter.

7.) Die DS 7/2511 deckt sich mit den Forderungen der pandemiebedingten Entlastungen der Familien.

Hinsichtlich einer Umsetzung in Form des konkreten Vorschlag DS 7/2602 wird auf die obigen Ausführungen verwiesen.

8.) Die DS 7/2602 sind Artikel 2 § 18 b Abs. 3 sowie Artikel 3 § 30 b Abs. 3 teilweise unbestimmt.

Betroffen sind die Anspruchsvoraussetzungen für die Erstattung der Schulen in freier Trägerschaft und Kindergärten.

Gemäß des Entwurfes ist Voraussetzung für einen Erstattungsanspruch die Weiterbeschäftigung des Personals, die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf mindestens 80 % oder der Anwendung von „tarifvertraglichen Regelungen“.

Welche „tarifvertraglichen Regelungen“ gemeint sein sollen, ist nicht hinreichend dargelegt und unbestimmt. Es wird angeregt zu überprüfen, inwieweit dies möglicherweise Auswirkungen auf die Entstehung und Geltendmachung von Erstattungsansprüchen der Schulen in freier Trägerschaft hat.

9.) Der Zuschuss für die Träger von Kindereinrichtungen gem. § 30 b Abs. IV ThürKigaG sollte sich nicht allein am Alter der Kinder von fünf und sechs Jahren berechnen. Vielmehr ist der finanzielle Mehraufwand für Kinder bis zum Alter von drei Jahren ausdrücklich mit heranzuziehen und zu vergüten. Hierfür sind die Anzahl der Kinder im Kleinstkinderalter zu ermitteln und den Träger entsprechend zu erstatten.

10.) Abschließend begrüßt der Verband, dass auch die Kosten von Einnahmeverlusten der Schulen in freier Trägerschaft erstattet werden sollen. Die bereits erfolgten Reduzierungen des Schulgeld für fehlende Nachmittagsbetreuung der Kinder sollte dabei nicht erst in sechs Monaten durch das Land an die Träger der freien Schulen erfolgen, sondern bereits im Folgemonat, wenn entsprechende Nachweise durch die freien Schulen erbracht wurden. Gleiches gilt für die Einnahmeverluste der Landkreise bei den Hortgebühren und der Erstattung der Einnahmeverluste der Träger von Kindereinrichtungen und Tagesmüttern.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKiG)) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2602 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>GEW Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Heinrich-Mann-Str. 22</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Gifhorn</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		GEW Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Mann-Str. 22	Postleitzahl, Ort	99096 Gifhorn
Name	Organisationsform										
	GEW Thüringen										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Mann-Str. 22										
Postleitzahl, Ort	99096 Gifhorn										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>betreifende Ergänzungsfälle: Inkassokontingent</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<i>- Übersicht des Koska für Kilo & Kilo Mietg & auch die Problem Bepfistung (Lebrazu zu kurz)</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Opf, 23.02.2021	

THÜR. LANDTAG POST
23.02.2021 09:59

// Vorsitzende //

460612021

GEW Thüringen • Heinrich-Mann-Str. 22 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, 23. Februar 2021

Stellungnahme der GEW Thüringen zum Gesetzentwurf „Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKiG)
DS 7/2602

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Bevor wir einzelne Regelungen eingehen, möchten wir anregen, diese Regelungen nicht bis 30. April 2021 zu befristen, sondern mindestens bis zum Ende des Kindergarten- bzw. Schuljahres. Auch wenn wir uns alle darin einig sind, die Pandemie schnellstmöglich in den Griff bekommen zu wollen, sind mögliche Schließungen von Schulen und Kindertageseinrichtungen auch nach dem 30. April 2021 nicht ausgeschlossen. Die Planungssicherheit für Eltern wie auch für die Kommunen und Träger sollte hier im Vordergrund stehen.

Artikel 1 Änderung des Thüringer Gesetzes über die Finanzierung der staatlichen Schulen (ThürSCHFG)

- (1) Befristung mindestens bis zum Ende des Schuljahres (31.07.2021)
- (6) Begrüßenswert.

Artikel 2 Änderung des Thüringer Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft (ThürSCHFTG)

- (1) Befristung mindestens bis zum Ende des Schuljahres (31.07.2021)
- (3) Wir begrüßen, dass die Zahlung des Zuschusses bei beantragter Kurzarbeit an eine Aufstockung des Gehalts gebunden ist, regen aber an, die Zahlung an eine Aufstockung auf 100% zu knüpfen.

Im Begründungsteil zu Artikel 10 des ThürCorPanG aus 2020 wurde noch die Formulierung „bis zu 100% des Nettogehalts“ gewählt. Wir empfehlen an dieser Stelle eine Korrektur, die eine Aufstockung auf 100% ermöglicht.

Artikel 3 Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes

Grundsätzlich begrüßen wir die Regelungen des neu eingefügten § 30b (erneute Aussetzung der Elternbeitragspflicht), regen aber folgende Ergänzungen bzw. Änderungen an:

- (1) Befristung mindestens bis zum Ende des Kindergartenjahres (31.07.2021)
- (2) Die „vertragsgemäße(n) Weiterzahlung des Gehalts“ aus Absatz 3 ist bislang an keinen Stichtag gebunden. Im Zuge der Einrichtungsschließungen kam es aber – trotz individueller Stichtagsregelungen in den Kommunen und der Bindung der Landespauschalen an den Stichtag 01.09. (§27 Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetz) – vermehrt zu Reduzierungen der arbeitsvertraglichen Stunden. Die Berechnung des Gehalts des Personals der Kindertageseinrichtungen beruht aber auf den Betreuungs- und Personalschlüsseln nach § 16 des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetz in Verbindung mit § 27 (Berechnung und Zahlung der Landespauschalen und der weiteren Landeszuschüsse).

Im Zuge des Kindergartenpaktes vom 03.04.2020 und seiner nun geplanten Erneuerung über das Thüringer Gesetz zur Erstattung, der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürERSTSchKiG) ist es erklärtes Ziel, das Personal „vertragsgemäß weiter zu entlohnen“. Wenn die Thüringer Landesregierung mit dem Kindergartenpakt beabsichtigt, dass es zu keinen finanziellen Verschlechterungen für die Erzieher*innen kommen sollte, dann muss die Basis für die vertragsgemäße Weiterzahlung des Gehalts der Stichtag 01.09.2020 sein. Wir fordern daher die Aufnahme des Stichtags 01.09.2020 in den Absatz 3.

Da die Zahlung des Zuschusses nach Absatz 2 §30b an die in Absatz 3 benannten Bedingungen geknüpft ist, sollte die Einhaltung dieser Bedingungen durch das Ministerium auch überprüft werden. Dafür bieten sich im Artikel 3 ThürERSTSchKiG zwei Möglichkeiten an:

- Ergänzung des Absatz 6 Satz 3 um die Mitteilungspflicht der Träger an die Gemeinde bezüglich der Vertragsverhältnisse des Personals bzw. der vollen Aufstockungen zum Kurzarbeitergeld
- Nutzung des Rechtsverordnung, die in Absatz 9 angekündigt ist

Wir begrüßen, dass die Zahlung des Zuschusses bei beantragter Kurzarbeit an eine Aufstockung des Gehalts gebunden ist, regen aber an, die Zahlung an eine Aufstockung auf 100% zu knüpfen. Im Begründungsteil zu Artikel 10 des ThürCorPanG aus 2020 wurde noch die Formulierung „bis zu 100% des Nettogehalts“ gewählt. Wir empfehlen an dieser Stelle eine Korrektur, die eine Aufstockung auf 100% ermöglicht.

- (8) Wir begrüßen die im Absatz 8 geregelte vollständige Weiterfinanzierung der Förder-Pauschale pro Kind für den Bereich der Kindertagespflege.

Neben diesen Anmerkungen zum § 30b sehen wir noch folgenden Regelungsbedarf:

Nach § 2 des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes hat jedes Kind einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung im Umfang von 10 Stunden. Bereits in zurückliegenden Gesetzesnovellierungen haben wir darauf hingewiesen, dass der Faktor für die tägliche Betreuungszeit nach § 16 Absatz 3 Satz 2 des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes diesen Anspruch nicht erfüllt. Bei dieser grundsätzlich bestehenden Differenz der Betreuungszeit wird zudem davon ausgegangen, dass in den Betreuungsrandzeiten (Früh- und Spätdienst) nur noch ein begrenztes Maß an Personal vorgehalten werden muss, weil die Kinder für diese Zeiten in Sammelgruppen zusammengefasst werden. Im Zuge der Infektionsschutzkonzepte und Hygienevorschriften wird aber eine konsequente Trennung der Gruppen gefordert. Sammelgruppen werden somit ausgeschlossen und jede Gruppe muss die Randbetreuungszeiten abdecken.

Wir fordern daher, für die Zeit des eingeschränkten Regelbetriebs die Personalschlüssel dementsprechend anzupassen. § 16 Absatz 3 des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes ist entsprechend zu ändern.

Zum Antrag der CDU-Fraktion DS 7/2511

Grundsätzlich können wir uns den Fragen und Aufforderungen der CDU-Fraktion anschließen. Auf eine Beantwortung der Fragen verzichten wir jedoch.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKIG)) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2602 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>LAG Thüringen</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Er. Schulstiftung in Mitteldeutschl.</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Augustmauer 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LAG Thüringen		Geschäfts- oder Dienstadresse	Er. Schulstiftung in Mitteldeutschl.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustmauer 1	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
LAG Thüringen											
Geschäfts- oder Dienstadresse	Er. Schulstiftung in Mitteldeutschl.										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustmauer 1										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung in den Themenbereichen Bildung u. Erziehung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Weitgehende Unterstützung des Gesetzesvorlages, jedoch mit mehr Berücksichtigung für landwirtschaftliche Erfordernisse und Erwähnung des Betrachtungszeitraums auf Dez. 2020	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 23.02.2021	

THÜR. LANDTAG POST
23.02.2021 11:04

4621/2021

Freie Schulen
in Thüringen

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesarbeitsgemeinschaft der
freien Schulträger in Thüringen

per Mail an: poststelle@thueringer-landtag.de

Stellungnahme der LAG Thüringen zu den Gesetzentwürfen in den Drucksachen 7/2602 und 7/2511

Sehr geehrter Ausschussvorsitzender Wolf, sehr geehrter Damen und Herren Abgeordnete des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport,

Datum
23.02.2021

im Namen der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Schulträger in Thüringen danken wir Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu oben genannten Drucksachen. Auf folgende Aspekte möchten wir hinweisen:

Ihre Nachricht vom
05.02.2020

Zu § 18 b ThürSchfTG:

Unser Aktenzeichen
01-02-04

Dem Grunde nach begrüßt die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Schulträger in Thüringen den Ansatz, entgangene Elternbeiträge vollumfänglich zu erstatten. Der vorgeschlagene Pauschalbetrag wird in diesem Zusammenhang nicht beanstandet. Eine vollumfängliche Erstattung erfasst unserer Ansicht nach allerdings auch solche Zeiträume, in denen die Schulen an weniger als 15 Kalendertagen im Monat geschlossen sind oder bereits geschlossen waren. Insbesondere der Zeitraum der Schließung im Dezember 2020 wäre folglich einzubeziehen. Denkbar wäre eine pauschale Halbierung der Erstattung für Dezember 2020 auf 24,00 Euro. Diese Handhabung wäre in Gesamtschau des Gesetzentwurfs 7/2602 konsequent, praktikabel und angesichts tendenziell sinkender Infektionszahlen und dem damit verbundenen Rückgang der Hortschließungen auch finanziell überschaubar.

Postanschrift
LAG Thüringen
c/o: Evangelische Schulstiftung
in Mitteldeutschland
Postfach 80 06 53
99032 Erfurt

Tel.: 0361 - 78 97 18 11
Fax: 0361 - 78 97 18 99

info@freie-schulen-thueringen.de
www.freie-schulen-thueringen.de

Zudem sollte sich die Regelung aus unserer Sicht auf die landkreisspezifischen Maßnahmen nach dem IfSG beziehen. Soweit die Gesetzesvorlage in Absatz 1 Satz 1 wie auch in Absatz 4 Satz 2 von einer landesweit angeordneten Schließung spricht, wird nicht berücksichtigt, dass sich auf Grundlage von Stufenplänen, welche sich an den regionalen Inzidenzen orientieren, eine landesweit differenzierte Situation entwickeln kann.

Darüber hinaus stellt die Gesetzesvorlage darauf ab, dass die Träger der Schulen in freier Trägerschaft während der Schließungen bereits auf das Schulgeld für die Ganztagsbetreuung verzichtet haben. Den vorangegangenen Zeitraum betreffend ist dies nicht zwingend der Fall, da eine eventuelle Erstattung von staatlicher Seite nicht absehbar war. Eine Erstattung der Mindereinnahmen muss auch dann möglich sein, wenn die Träger zeitlich rückwirkend auf das Schulgeld für die Ganztagsbetreuung verzichten. Zwar bereitete die praktische Umsetzung des rückwirkenden Verzichts im Hinblick auf die Schließungen ab

Frühjahr 2020 keine Schwierigkeiten. Dennoch schlagen wir vor, die Formulierung in Absatz 1 Satz 1 wie folgt zu ergänzen:

„Haben die Träger von Schulen in freier Trägerschaft [...] auf das Schulgeld für die Ganztagsbetreuung verzichtet **oder erstatten sie dieses teilweise zurück**, [...]“

Abschließend sei in diesem Kontext angemerkt, dass die Gesetzesvorlage selbst von einem Verzicht auf das Schulgeld für die Ganztagsbetreuung, die Gesetzesbegründung hingegen von einem „teilweisen“ Verzicht auf das Schulgeld für die Ganztagsbetreuung spricht. Der Gesetzeswortlaut lässt mithin vermuten, dass ein Anspruch auf Erstattung nur im Falle eines vollständigen Verzichts auf das Schulgeld entsteht, was auch in Anbetracht der Gesetzesbegründung nicht gewollt sein kann.

Zum Fragenkatalog:

1. Unsere Erfahrungen mit der Form und dem Umfang der anteiligen Gebührenübernahme im Frühjahr 2020 sind insgesamt als positiv zu bewerten. Die Elternschaft zeigte sich zufrieden und kritisierte die anteilige Erstattung über einen Pauschalbetrag nicht. Hinsichtlich des Verfahrens der Gebührenübernahme ist zusammenfassend festzuhalten, dass die Frist der Beantragung ausreichend war, die Antragsformulare verständlich formuliert und der Umfang der einzureichenden, nachweisenden Belege angemessenen waren. In Anbetracht der besonderen Herausforderungen der Pandemie erfolgte die Auszahlung der beantragten Mittel in einem zeitlich akzeptablen Rahmen (Antragstellung: 30.09.2020; Auszahlungsbescheid: 26.01.2021). Die Höhe der Gebührenübernahme erscheint ebenfalls vertretbar.

2. Die Regelungen aus dem Frühjahr 2020 haben sich aus unserer Sicht durchaus bewährt. Die Orientierung an einem Pauschalbetrag ist auch aus Gründen der Praktikabilität zu befürworten. Dass der Ausgleich innerhalb der ersten 6 Monate nach Ende der Schließung an die Schulträger ausgezahlt werden soll, wird von uns begrüßt.

Der Vorschlag, eine Erstattung erst bei einer landesweiten Schließung von mindestens 15 Tagen vorzunehmen, birgt indes die Gefahr einer unzureichenden Abbildung der Realität. Wie bereits festgestellt, ist im Falle hoher Inzidenzen innerhalb einiger Landkreise auch die Schließung der Schulen das Mittel der Wahl. Wird jedoch ein Mindestumfang von 15 Tagen nicht erreicht, während eine Hortbetreuung nicht angeboten werden kann, ist gesellschaftliches Unverständnis garantiert. Aus diesen Gründen sollte eine flexiblere Lösung gefunden werden. Vorstellbar wären unter Anderem eine Bezugnahme auf 15 von 30 Kalendertagen, wobei eine entsprechende Monatsbindung entfällt, oder eine weiterführende Staffelung von Pauschalbeträgen, die für einen jeweils verminderten Umfang von Schließungstagen gelten.

Für Ihre Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKIG) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2602 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>LEV TLEVK</td> <td>Wahlkommission des THL</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Werner-Seelenbinder-Str. 7</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LEV TLEVK	Wahlkommission des THL	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Werner-Seelenbinder-Str. 7	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
LEV TLEVK	Wahlkommission des THL										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Werner-Seelenbinder-Str. 7										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Mitwirkungsrecht von Eltern nach Thür's. Mitwirkungs VO	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 23.02.2021	

Geschäftsstelle:

Landeselternvertretung Thüringen
Werner-Seelenbinder-Straße 7 - 99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
23.02.2021 13:36

Werner-Seelenbinder-Straße 7
99096 Erfurt
Telefon: 0361 39601960

info@lev-thueringen.de

Thüringer Landtag

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

4656/2021

Erfurt, den
23. Februar 2021

Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKiG)

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

-Ds. 7/2602-

Betreuende Eltern während der Corona-Pandemie nicht weiter belasten – Beiträge bei pandemiebedingter Nichtinanspruchnahme von Betreuung in Kindergärten und Horten aussetzen

Antrag der Fraktion der CDU

-Ds. 7/2511-

hier: Anhörungsverfahren gem. § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Thüringer Landeselternvertretungen für Kindergarten(TLEVK) und Schule(LEV) nehmen gemeinsam zu den vorliegenden Gesetzentwürfen wie folgt Stellung:

1. zum Zeitraum der Rückerstattung

Aus Sicht der Eltern ist es nicht zu akzeptieren, dass die Gebühren erst ab 01.01.2021 erstattet werden sollen. Pandemiebedingte Schließungen ab 01.07.2020 bleiben unbeachtet und werden den jeweiligen Trägern überlassen.

Wir fordern die Erstattung für alle pandemiebedingten Schließzeiten ab 01.07.2020.

2. Erstattungshöhe

Insoweit vorgeschlagen wird, Erstattungen erst dann vorzunehmen, wenn die Schulen und Einrichtungen mehr als 15 Kalendertagen geschlossen sind, ist dies nicht akzeptabel.

Wir fordern, dass sich die Höhe der Erstattung anteilig zum tatsächlichen Betreuungsangebot bemisst. Hierbei ist nicht nur auf die Öffnungstage, sondern zusätzlich auf die Betreuungszeiten abzustellen.

Ebenfalls nicht zu akzeptieren ist die Regelung, dass bei einer Inanspruchnahme von mehr als fünf Tagen, in denen durch die Eltern die Betreuung in einer Kita in Anspruch genommen wurde, der volle Beitrag erhoben werden soll, selbst dann, wenn die Einrichtung nicht mehr als 15 Kalendertage geöffnet war.

Wir fordern, diesen Passus zu streichen und auch hier die Erstattung im Verhältnis zum tatsächlichen Angebot zu berechnen.

3. Fälligkeit der Erstattungen

Die beiden Vorschläge stellen darauf ab, dass die Erstattungen nach Wiederaufnahme des Regelbetriebes an die Familien zu erstatten sind. Dabei unterscheiden sie sich lediglich in der Bearbeitungs- und Auszahlungsfrist. Diese bewegt sich zwischen 6 und 3 Monaten. Dies ist nicht akzeptabel.

Wir fordern, dass die Erstattung monatlich und innerhalb von 30 Tagen nach Ende des von Schließungen oder Betreuungseinschränkungen betroffenen Monats zu erfolgen hat.

4. Anspruchsberechtigter Personenkreis

Die Erstattungen knüpfen ausschließlich an das zur Verfügung gestellte Betreuungsangebot der Einrichtung an. Die Gründe für ein Unmöglichwerden liegen pandemiebedingt z. T. auch in den persönlichen Verhältnissen der Familien begründet und sind nicht steuerbar.

Wir fordern, dass den Familien in allen Fällen pandemiebedingter Unmöglichkeit der Wahrnehmung von Betreuungsangeboten in Schulen und Kitas die Gebühren anteilig erstattet werden.

5. Geltungsdauer

Die Gesetzentwürfe stellen auf einen Zeitraum bis Ende April 2021 ab.

Wir fordern, dass die Entlastungsregelungen unbefristet und für jeden Fall der Feststellung einer Pandemie von nationaler Bedeutung sowie aller nicht durch die Eltern zu vertretenden Schließungen und Einschränkungen von Betreuungsangeboten gelten.

Begründung

Bei Horten, Kitas und Schulen in freier Trägerschaft handelt es sich um öffentlich-rechtlich organisierte Betreuung- und Bildungsangebote. Diese folgen aus dem Bildungsmonopol des Staates, der insoweit auch zur Gewährleistung verpflichtet ist. Schulen und Einrichtungen in freier Trägerschaft nehmen als Beliehene die staatlichen Aufgaben wahr, so dass zumindest bzgl. des Grundangebotes auf eine feingranulare Differenzierung verzichtet werden kann. Jedenfalls handelt es sich bei den Angeboten der freien Träger auch um zivilrechtlich begründete Vertragsverhältnisse, so dass hier die Grundsätze der Leistungsstörung, mithin der Unmöglichkeit Anwendung finden.

Die Prinzipien der Leistungsstörung sind auch auf öffentlich-rechtliche Angebote anzuwenden. Bei staatlichen Schulen, Horten und Kitas handelt es sich um Einrichtungen, für deren Nutzung Gebühren

erhoben werden. Die Erhebung von Gebühren muss dabei aber dem Äquivalenzgebot entsprechen. Zwar können auch hier bereits Abgaben oder Gebühren erhoben werden für das bloße Vorhalten des öffentlich-rechtlichen Angebots, aber grundsätzlich ist die Möglichkeit der Inanspruchnahme unabdingbare Voraussetzung für die Erhebung von Gebühren.

Abweichend von den Grundsätzen des Gebührenrechts werden für Schulen, Horte und Kitas ausschließlich Nutzungsgebühren erhoben. Nur die Familien, die das Angebot tatsächlich nutzen, werden zur Kostenbeteiligung durch die Gebühren herangezogen. Die Grundkosten der Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur werden durch die Allgemeinheit der Steuerzahler übernommen.

Diesem Prinzip folgend ist die Erhebung von Gebühren für Schulen, Horte und Kitas dem Austauschverhältnis von Angebot und Inanspruchnahme und den Grundsätzen der Äquivalenz unterworfen.

Es gilt der Grundsatz: Keine Gebühren ohne Leistung!

Wird dieser Grundsatz gebrochen, werden Familien mit Kindern über Gebühr und zusätzlich zu den immensen kinderbedingten Anstrengungen und Kosten in Zeiten der Pandemie belastet. Ein sich dann als Sonderopfer für Familien darstellender Beitrag zur Aufrechterhaltung staatlicher Strukturen der Daseinsfürsorge ist bereits moralisch fragwürdig und stößt auf verfassungsrechtliche Bedenken, da dadurch dem besonderen Schutz von Kindern und Familie nicht Rechnung getragen wird.

Zu 1.

Gemäß § 30a ThürKigaG und 12a ThürSchFG wurden die Elternbeiträge für Kita und Hort im Zeitraum 01.04.2020 bis 30.06.2020 vollständig ausgesetzt. Diese für Eltern unbürokratische Herangehensweise lassen die nun vorgelegten vermissen. Vielmehr sollen Regelungen geschaffen werden, die einerseits komplexe Prüfungen und Berechnungen erfordern und zum anderen zu einer nicht vollständigen Erstattung führen. Es ist zu fordern, dass generell für Zeiten der Schließung die Beteiligung der Eltern entfällt und mithin zu viel gezahlte Beiträge zu erstatten sind.

In jeden Fall werden die landesweiten Schließungen ab 16.12.2020 völlig außer Acht gelassen. Von lokal angeordneten Schließungen findet sich in den Entwürfen genauso wenig.

Zu 2.

Den Prinzipien des öffentlich-rechtlichen Leistungsaustausches als Grundlage der Berechtigung zur Gebührenerhebung widerspricht es eklatant, dass auf eine Mindestzeit der Öffnung von Schulen, Horten und Kitas abgestellt werden soll. Hinzu kommt, dass im Kita-Bereich das Gebühren-Leistungsverhältnis völlig ins Absurde verschoben wird, wenn eine Nutzung von 25% bereits den vollen Gebührensatz begründen kann.

Darüber hinaus berechnen sich die Gebühren auf das gesetzlich normierte Betreuungsangebot. Dies umfasst bei Horten eine tägliche Betreuungszeit von 10 Stunden. Selbst für die sog. Notbetreuung oder den sog. eingeschränkten Regelbetrieb werden die Betreuungszeiten reduziert, i. d. R. auf 6 Stunden. Dies muss bei der Reduktion der Gebühren Eingang finden.

Zu 3.

Die vorgelegten Entwürfe gehen von Erstattungen nach Wiederaufnahme des Regelbetriebs innerhalb von 3 bzw. 6 Monaten aus. Diese Bestimmung ist unklar. Die Erfahrungen haben gelehrt, dass die Wiederaufnahme des Regelbetriebes hinsichtlich seiner Dauer ungewiss ist. Pandemiebedingt folgen Zeiten des Regelbetriebes möglicherweise in äußerst kurzem Abstand wieder Einschränkungen, so dass hier bereits die Unklarheit bzgl. der Feststellung des Zeitpunktes besteht.

Darüber hinaus stellen die hier zu behandelnden Gebühren z. T. nicht unerhebliche Belastungen für die Familien dar. Dies betrifft nicht nur ohnehin einkommensschwache Haushalte, sondern auch Familien mit mittleren und höheren Einkommen. Ursächlich hierfür sind die weitreichenden pandemiebedingten Einschränkungen der Erwerbsmöglichkeiten und die gerade für Kinder entstehenden zusätzlichen Belastungen. Diese dürften unstrittig sein, da der Bundesgesetzgeber hierauf, wenn auch unzureichend, mit der Erhöhung des Kindergeldes etc. reagierte. Bei Familien mit mittleren und höheren Einkommen darf darüber hinaus nicht unbeachtet bleiben, dass diese i. d. R. aufgrund der einkommensabhängigen Staffelung der Gebühren überdurchschnittlich herangezogen werden.

Insoweit ist ein Zuwarten von 3 – 6 Monaten ab einem nicht genau zu definierendem Zeitpunkt nicht hinnehmbar. Es ist auch kein Grund ersichtlich, warum die zuständigen Stellen hierfür so lange brauchen sollten. Die hierfür notwendigen Arbeiten sollten auch unter Beachtung pandemiebedingte Abstandsregelungen innerhalb eines Monats nach Abschluss des Gebührenmonats zu leisten sein.

Zu 4.

Pandemiebedingt sind die Gründe vielfältig, warum Bildungs- und Betreuungsangebote nicht wahrgenommen werden können. So werden in den vorliegenden Regelungen bspw. Quarantäne oder Kontaktbeschränkungen nicht erfasst. Noch komplizierter wird dies, wenn die Nichtnutzung aufgrund von Allgemeinverfügungen, z. B. bei Reiserückkehrern, angeordnet wurde und keine expliziten Bescheinigungen vorliegen. In jedem Fall handelt es sich hierbei ebenfalls um staatliche Verbote der Inanspruchnahme, die unbedingt als Erstattungsansprüche aufgenommen werden müssen.

Um hierdurch nicht überbordende bürokratische Hürden aufzubauen, ist ein genereller Gebührenverzicht bei Schließung angezeigt.

Zu 5

Der Verlauf der bisherigen Pandemie hat gelehrt, dass diese sich nicht nach politischen Wunschterminen richtet. Vielmehr sind alle zugänglichen seriösen Quellen überzeugt, dass uns die Covid-19-Pandemie mindestens das gesamte Jahr 2021 beschäftigen wird. Ebenfalls gehen diese Kreise davon aus, dass pandemische Geschehen auch zukünftig drohen. Insoweit ist es jetzt erforderlich, richtungsweisende und dauerhafte Regelungen zu treffen.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKiG)) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2602 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>GSTB Thüringen</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	GSTB Thüringen	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50	Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
GSTB Thüringen	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde- und Städtebund Thüringen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

--	--	--

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
	kommunaler Spitzenverband i. S.v. §§ 126, 127 Thür KO Art. 91 Abs. 4 Thür Verf.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert? <input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
St. 23.2.27	



GEMEINDE- UND STÄDTEBUND THÜRINGEN

GStB Thüringen e. V., Richard-Breslau-Straße 14, 99094 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend
und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Vorab per E-Mail.

THÜR. LANDTAG POST
23.02.2021 15:21

4693/2021

Landesgeschäftsstelle
Richard-Breslau-Straße 14, 99094 Erfurt

Telefon: (0361) 220 50-0, Telefax: 220 50 50

E-Mail: info@gstb-th.de

Internet: www.gstb-thueringen.de

Unser Zeichen: A
(bitte unbedingt angeben)

Bearbeiter:

Tag: 22. Februar 2021

Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKiG)
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
-Drucksache 7/2602- sowie

Betreuende Eltern während der Corona-Pandemie nicht weiter belasten – Beiträge bei pandemiebedingter Nichtinanspruchnahme von Betreuung in Kindergärten und Horten aussetzen

Antrag der Fraktion der CDU

-Drucksache 7/2511-

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu dem Gesetzentwurf der Regierungsfractionen und dem Antrag der Fraktion der CDU Stellung nehmen zu können. Beide Gegenstände befassen sich insbesondere mit den Kostenfolgen der pandemiebedingten Schließung der Schulhorte und der Kindertageseinrichtungen. Wir begrüßen es sehr, dass sich die Fraktionen des Thüringer Landtags mit der für die betroffenen Eltern und Kommunen schwierigen Situation befassen und einen finanziellen Ausgleich gewähren wollen. Gerne nehmen wir hierzu Stellung:

I. Allgemeine Forderungen zu Art. 1 bis 3

1. Erstattungszeitraum vom 1. Januar 2021 bis längstens 30. April 2021

Die Befristung der Erstattungsregelung bis zum 30. April 2021 halten wir aufgrund der nicht vorhersehbaren Entwicklung der Pandemie nicht für sinnvoll. Vor allem im Hinblick auf die nicht kalkulierbare Entwicklung der Mutationsvarianten ist nicht absehbar, ob nach dem

30. April 2021, Schulen und Kitas nicht erneut landesweit oder zumindest lokal wieder geschlossen werden müssen.

Es ist eher wahrscheinlich, dass die in Thüringen, dem Land mit den derzeit höchsten Inzidenzen in Deutschland, vorgesehenen Lockerungen zu einer dritten Infektionswelle führen werden. Will sich der Landtag dann wieder mit einer gesetzlichen Erstattungsregelung befassen? Das Benennen eines konkreten Zeitraumes zieht einen ständigen politischen Abwägungsprozess hinsichtlich einer aus gesundheitlichen Aspekten gegebenenfalls erforderlichen Schließung von Einrichtungen mit den dadurch bedingten finanziellen Ausgleichsforderungen nach sich. Die Erfahrung aus dem letzten Jahr zu den Regelungen der Aussetzung der Beitragspflicht für den Zeitraum 1. April 2020 bis 30. Juni 2020 hat gezeigt, dass sich die Dauer der Pandemie nicht gesetzlich regeln lässt.

Wir fordern eine unbefristete Regelung, die für alle Seiten zu mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit beiträgt. Dies entspricht auch dem Antrag der Fraktion der CDU, die eine „allgemeingültige“ Regelung fordert (vgl. III. Ziff. 2 des Antrags) und auch den Ausführungen des Gesetzentwurfs unter D. Kosten.

2. Erstattung nur während einer landesweit angeordneten Schließung

Die aktuelle Entwicklung der Fallzahlen in Thüringen, die in den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisen höchst differenziert verläuft und die nunmehr zu Recht geführte Debatte zu lokal unterschiedlichen Öffnungen/Schließungen der Einrichtungen zeigen, dass die Voraussetzung, Elternbeiträge nur bei landesweit angeordneten Schließungen auszusetzen/zu erstatten, zu kurz greift. Wenn das Land in seiner Coronaverordnung darauf verzichtet, Öffnungen bzw. Schließungen von Einrichtungen anhand von lokalen Inzidenzwerten vorzugeben und dies in die Verantwortung der örtlichen Gesundheitsämter übergibt, ist es nicht nachvollziehbar, warum nicht auch für diese Fälle eine gesetzliche Regelung zur Aussetzung von Gebühren und deren Erstattung durch das Land erfolgt.

Wir fordern daher auch für lokal angeordnete Schließungen eine Regelung zur Aussetzung und Erstattung der Elternbeiträge.

3. Finanzierung

Der Gesetzentwurf verweist unter „D. Kosten“ bei den einzelnen Artikeln jeweils darauf, dass die Kosten im Wirtschaftsplan des Sondervermögens abgedeckt seien. Der uns bekannte Wirtschaftsplan des Sondervermögens mit **Stand 8. Februar 2021** sieht in dem Titel 63302 (Erstattung Elternbeiträge für Kindertagesbetreuung) lediglich 1,2 Mio. Euro vor, während der Gesetzesentwurf vom **27. Januar 2021** von einem Bedarf von 25 Mio. Euro für Kindertageseinrichtungen und 3,3 Mio. Euro für die Kindertagespflege ausgeht. Hinsichtlich des Bedarfs für die Horte geht der Gesetzentwurf von 3,6 Mio. Euro Einnahmeausfällen der Schulträger aus. Im entsprechenden Ausgleichstitel des Sondervermögens (633 03) sind dagegen lediglich 2,25 Mio. Euro vorgesehen.

II. Zu Art. 3

1. Zu § 30 b Absatz 1 (Aussetzung von Elternbeiträgen)

Für Kindertageseinrichtungen sieht der Entwurf in § 30b Abs. 1, letzter Satz vor, dass für Kinder, die an höchstens fünf Tagen im Monat eine Notbetreuung („Stufe rot“) in Anspruch genommen haben, keine Elternbeiträge erhoben werden. Ab dem 22. Februar 2021 werden alle Kinder im Rahmen der „eingeschränkten Regelbetreuung, Stufe Gelb“, wieder betreut. Für diese Kinder stellt sich die Frage, ob Gebühren zu erheben sind. Oder sind für diese Kinder nur dann Gebühren zu erheben, wenn sie neben der eingeschränkten Regelbetreuung mindestens einen weiteren Tag Notbetreuung in Anspruch genommen haben?

Ein wichtiges Ziel des vorliegenden Gesetzes ist es „zu vermeiden, dass zur Frage, inwieweit auch während der Schließung von Einrichtungen der Kindertagesbetreuung eine Beitragspflicht besteht, langwierige Klageverfahren geführt werden, und um eine einheitliche Rechtsanwendung für alle Eltern, unabhängig von ihrem Wohnort zu gewährleisten.“ (vgl. B. Lösung, zu Artikel 3).

Um daher dem Anspruch des Gesetzentwurfs gerecht zu werden, ist es erforderlich, die Betreuung an fünf Tagen nicht auf die in Anspruch genommene „Notbetreuung“ zu begrenzen sondern allgemeiner zu formulieren.

Für Absatz 1 schlagen wir daher unter Berücksichtigung der Ausführungen unter I. folgende Formulierung vor:

„(1) Abweichend von §29 Abs. 1 dürfen während einer nach dem IfSG angeordneten Schließung keine Elternbeiträge erhoben werden für Kinder, die an maximal fünf Tagen pro Monat eine Betreuung in Anspruch genommen haben. Sind Kinder an sechs oder mehr Tagen pro Monat betreut worden, bleibt es bei den zwischen den Eltern und Trägern bestehenden vertraglichen Vereinbarungen oder bei den satzungsrechtlichen Regelungen im Falle eines öffentlich-rechtlichen Betreuungsverhältnisses. Diese Regelung gilt nur für Monate, in denen die Einrichtung mehr als 15 Kalendertage geschlossen ist. Bereits eingezogene oder gezahlte Elternbeiträge sind innerhalb von drei Monaten zu verrechnen oder zu erstatten.“

2. Zu § 30 b Absätze 2 bis 7 (Höhe und Verfahren der Erstattung der Elternbeiträge)

Bereits bei der Erstattungsregelung des § 30 a hatten wir kritisiert, dass der Ausgleich für die meisten Kommunen nicht ausreicht um die entstandenen Einnahmeverluste zu decken. Die vom Landtag dann beschlossene und vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport ohne Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden umgesetzte Regelung hat fast 150 Kommunen veranlasst, gegen die Erstattungsbescheide des Staatlichen Schulamtes Südthüringen Widerspruch einzulegen (siehe auch unsere Antwort zu Frage 1 des Fragenkataloges). In einer Sitzung unseres Landesausschusses im September 2020 hat Herr Ministerpräsident Ramelow unseren Mitgliedern einen Kompromissvorschlag unterbreitet, dem der Landesausschuss mehrheitlich zugestimmt hatte. Die finale Umsetzung des Kompromisses durch das Land steht bis heute noch aus.

Die jetzt vorgesehenen Regelungen berücksichtigen wiederum nicht unsere Kritik vom letzten Jahr. Zur Höhe des Ausgleichs wird in Absatz 4 abgestellt auf den nach § 30 Absatz 2 ermittelten Einnahmeverlust für die Kinder, für die im letzten und vorletzten Jahr vor Schuleintritt Beitragsfreiheit besteht. Dieser durchschnittlich festgestellte Elternbeitrag entspricht aber in aller Regel nicht dem tatsächlichen durchschnittlichen Elternbeitrag. Dies liegt daran, dass die Elternbeiträge in den meisten Einrichtungen nach dem Alter der Kinder gestaffelt sind, weil sich auch der Personalschlüssel, der maßgeblich für die Kosten eines Betreuungsplatzes ist, nach dem Alter der Kinder richtet (vgl. § 16 Abs. 3 ThürKigaG).

Auch hinsichtlich des maßgeblichen Stichtags für die Ermittlung des Einnahmeverlusts hat es bei der Umsetzung des § 30 a erhebliche Differenzen zwischen den Kommunen und dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gegeben. Jetzt ist zwar eine konkretere Regelung vorgesehen (1. März 2020), aber auch dieser Stichtag benachteiligt die Gemeinden und Städte, da er nicht auf den tatsächlichen Zeitraum der Einnahmeverluste abstellt.

Dadurch entsteht bei den meisten Kommunen eine erhebliche Deckungslücke, die wir am Beispiel einer Gemeinde veranschaulichen möchten:

Elternbeitragsstaffelung nach der gemeindlichen Satzung:

Altersklasse 1-3 = 223,00 €

Altersklasse 3-6,5 = 121,00 €

Darstellung der pandemiebedingten Einnahmeverluste ab 1.1.2021:

Durchschnittliche Erstattung Kommune an die Eltern = 165,00 €

Erstattung vom Land an die Kommune = 121,00 €

-> monatliche Deckungslücke 44,00 € pro Kind

Wir halten es daher für erforderlich, dass die Erstattungsregelung auf den tatsächlichen Einnahmeverlust abstellt, der sich durch die Aussetzung der Beitragserhebung ergibt. Dies ist mit relativ geringem Verwaltungsaufwand festzustellen, da bereits erhobene Elternbeiträge zurückerstattet bzw. verrechnet werden oder bereits zu Soll gestellte Beiträge nicht eingezogen werden und daher bekannt sind. Dies deckt sich auch mit dem Antrag der Fraktion der CDU, die in III., Ziff. 4 eine vollumfängliche Erstattung der Elternbeiträge fordert.

Wir schlagen daher folgende Formulierungen vor:

„(2) Aufgrund der Aussetzung der Elternbeitragspflicht nach Abs. 1 erstattet das Land der Gemeinde die ihr dadurch tatsächlich entstandenen Einnahmeverluste.“

Absatz 3 bleibt unverändert.

„(4) Die Gemeinde teilt dem Land in jedem Quartal die Zahl der Kinder mit, die an weniger als sechs Tagen im Monat betreut wurden sowie die Summe der Elternbeiträge, die für diese Kinder erstattet bzw. nicht erhoben wurden. Die Träger nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 sind verpflichtet, der Gemeinde die Daten nach Satz 1 zur Verfügung zu stellen. Der Ausgleich durch das Land erfolgt spätestens drei Monate nach dem Eingang der Mitteilung durch die Gemeinde.“

Absatz 5 und 6 entfällt. Absatz 7 wird Absatz 5.

3. Zu § 30 b Absatz 8 (Tagespflege)

Auch für die Tagespflege sollten die von uns vorgeschlagenen Regelungen für die Kindergärten entsprechend gelten. Insofern wäre lediglich der Verweis anzupassen. Satz 2 ist zu streichen, da auch bei der Tagespflege die tatsächlichen Einnahmeverluste ausgeglichen werden sollen. Unabhängig davon wäre auch der Sinn dieses Satzes nicht nachvollziehbar, da auch in der Tagespflege Elternbeiträge monatlich gezahlt werden.

4. Problematik der Verpflegungskosten (§ 29 Absatz 3 ThürKigaG)

Wir möchten darauf hinweisen, dass für den Bereich der Verpflegungskosten im Falle einer Schließung und bestehender Notbetreuung ungedeckte Kosten beim Träger der Einrichtung verbleiben. Dies ergibt sich daraus, dass § 29 Absatz 3 eine Vollkostenkalkulation der Verpflegungskosten einfordert, die dann von den Eltern zu tragen sind. Im Fall der Schließung einer Einrichtung bei gleichzeitiger Notbetreuung können von den Eltern, die keine Betreuung in Anspruch nehmen, auch keine Verpflegungskosten gefordert werden. Der Aufwand für die Zubereitung der Verpflegung, das Personal, das das Essen austellt, abräumt etc. kann aber nicht in gleichem Umfang gemindert werden, so dass hier ungedeckte Kosten verbleiben.

Auf Grund dessen ist es umso wichtiger, dass zumindest die Einnahmeverluste, die aus dem Aussetzen der Elternbeitragspflicht entstehen, vollständig vom Land erstattet werden.

III. Weiterer dringender Änderungsbedarf an der Regelung des § 30 Abs. 4 ThürKigaG:

Wir möchten Sie zudem auf einen dringenden Änderungsbedarf bei den Regelungen zur Erhebung der Daten zum Ausgleich der Einnahmeverluste der Kommunen für die Gewährung der Elternbeitragsfreiheit in den beiden letzten Betreuungsjahren in Kindertageseinrichtungen hinweisen. Dieser Änderungsbedarf ergibt sich daraus, dass der Gesetzgeber mit der Einführung des zweiten beitragsfreien Kitajahres nicht die notwendige Anpassung der Datenerhebung zum Ausgleich der Einnahmeverluste vorgenommen hat.

In § 30 Abs. 4 Satz 2 und 3 ThürKigaG ist Folgendes geregelt:

"Mit der Mitteilung nach Satz 1 hat die Gemeinde die Summe der Elternbeiträge mitzuteilen, die nach den am 1. März des Jahres geltenden Gebührensatzungen oder Entgeltordnungen für die Betreuung der in Satz 1 Nr. 1 genannten Kinder geltend gemacht wurden. Die Kinder nach Satz 1 Nr. 2 und 3 sind bei der Mitteilung mit einem Elternbeitrag zu berücksichtigen, der durchschnittlich in der Gemeinde für die Betreuung der Kinder nach Satz 1 Nr. 1 zu zahlen ist."

Mit dieser Formulierung werden die Einnahmeverluste für die Kinder, die das sechste

Lebensjahr vollendet haben, mit der jetzt anstehenden Stichtagsmeldung nach § 30 Abs. 4 ThürKitaG zum 1. März 2021 nicht mehr erfasst. Dies ergibt sich aus Folgendem:

Für Kinder, die zum 1. März 2021 bereits das fünfte Lebensjahr vollendet haben, werden nach den geltenden Gebührensatzungen oder Entgeltordnungen gar keine Elternbeiträge mehr erhoben (das ThürKitaG verbietet die Beitragserhebung für die letzten 24 Monate vor Schulbeginn). Damit beträgt die Summe der Elternbeiträge für diese Kinder 0 Euro. Lediglich für Kinder, die zum 1. März 2021 vier Jahre alt sind, fallen zu diesem Zeitpunkt noch Elternbeiträge an. Im Durchschnitt sind die Elternbeiträge aber für beide Jahrgänge sozusagen "halbiert". Dies kann nicht Sinn und Zweck der Erstattungsregelung sein.

Die Problematik hatten wir dem TMBJS bereits Mitte vergangenen Jahres geschildert. Wir haben auch einen Lösungsvorschlag unterbreitet. Dieser sieht vor, dass nur von den Kindern im vierten Lebensjahr der zum Stichtag 1. März erhobene durchschnittliche Elternbeitrag für alle Kinder, die beitragsfrei zu stellen sind, zugrunde gelegt wird. Nur dies ist aus unserer Sicht eine praktikable Lösung.

Der uns vorliegende Entwurf eines Schreibens des Staatlichen Schulamtes Südthüringen enthält nun jedoch einen Vorschlag, der aus unserer Sicht praktisch nicht umsetzbar ist.

"... dass von der jeweiligen Kommune dem Staatlichen Schulamt Süd der Elternbeitrag stichtagsbezogen mitzuteilen wäre, welcher erhoben würde, wenn es die Regelung des § 30 ThürKitaG nicht gäbe."

Es soll praktisch ein „theoretischer Elternbeitrag“ ermittelt werden, von Kindern, die bereits beitragsfrei in Kindertageseinrichtungen betreut werden! Unabhängig davon, dass es hierfür an der gesetzlichen Grundlage fehlt, gibt es unsererseits erhebliche Bedenken gegenüber einer solchen Lösung. Betreibt man diese sorgfältig entsprechend der sozialen Staffelungsregelungen in den Satzungen/Entgeltordnungen wäre hiermit ein erheblicher Verwaltungsaufwand verbunden. "Theoretisch möglich" und auch recht einfach wäre es natürlich, wenn allen Kindern im fünften Lebensjahr der höchstmögliche Beitrag laut Satzung/Entgeltordnung zugeordnet werden würde. Wir gehen aber davon aus, dass dies nicht im Sinne des Landes ist. Zudem gehen wir davon aus, dass bei einer „Vorgabe des Landes, den Elternbeitrag theoretisch zu ermitteln“, gleichwohl viele Kommunen einfach den Durchschnittsbetrag der erhobenen Elternbeiträge für die jetzt noch Vierjährigen ansetzen würden. Alles andere macht auch keinen Sinn, zumal es keine gesetzliche/satzungsrechtliche Grundlage gibt, die es erlaubt, von Eltern, für deren Kinder keine Elternbeiträge mehr gezahlt werden müssen, aktuelle Daten für eine „theoretische“ soziale Staffelung (Geschwisterkonstellationen bzw. Einkommensnachweise bei einer Staffelung nach Einkommen) abzuverlangen, um den „theoretischen Elternbeitrag“ zu ermitteln.

Unseren Lösungsvorschlag könnte man ggf. noch unter die bestehende gesetzliche Regelung subsumieren. Dies sollte bei der nun anstehenden Erhebung auch so gemacht werden. Da die Erhebung aber jährlich erfolgt, bedarf es aber einer „gesetzlich sauberen“ Regelung.

Wir schlagen daher folgende Änderung des § 30 Abs. 4 ThürKitaG vor:

In Ziff. 1. sollten die Worte „und sechste“ gestrichen werden.

Ziff. 2. erhält folgende Fassung: „im Zeitraum vom 2. August des laufenden Jahres bis zum 1. August des Folgejahres das sechste Lebensjahr vollenden,“

Die bisherigen Ziffern 2 und 3 werden Ziffern 3 und 4.

Satz 3 erhält folgende Fassung: „Die Kinder nach Satz 1 Nr. 2 bis 4 sind bei der Mitteilung mit einem Elternbeitrag zu berücksichtigen, der durchschnittlich in der Gemeinde für die Betreuung der Kinder nach Satz 1 Nr. 1 zu zahlen ist.“

Zur Erläuterung:

Es bedarf keiner Änderung der eigentlich problematischen Regelung des § 30 Abs. 4 Satz 2 ThürKigaG, wenn § 30 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 nur auf die Kinder, die im besagten Zeitraum das fünfte Lebensjahr vollenden (und zum 1.3. noch vier Jahre alt sind) abstellt. Es bedarf dann nur einer neuen Ziff. 2., die die Kinder benennt, die im Zeitraum vom 2. August des laufenden Jahres bis zum 1. August des Folgejahres das sechste Lebensjahr vollenden. § 30 Abs. 4 Satz 3 ThürKigaG muss dann auf die neuen Ziffern 2 bis 4 verweisen.

IV. Zum Fragenkatalog:

1. Welche Erfahrungen haben Sie mit der Form und dem Umfang der Gebührenübernahme im Frühjahr 2020 gemacht?

Zu begrüßen war im Frühjahr, dass der Landtag eine monatsweise Befreiung von der Zahlung der Elternbeitragspflicht (April bis einschließlich Juni 2020) und dementsprechend auch eine monatsweise Erstattung der Einnahmeausfälle gegenüber den Kommunen geregelt hat. Dies war eine dem Grunde nach praktikable Regelung sowohl für die Eltern, als auch für die Träger.

Zum damaligen Zeitpunkt haben wir außerdem die Regelung unterstützt, dass für Kinder in der Notbetreuung keine Elternbeiträge zu zahlen waren. Dies allerdings in erster Linie vor dem Hintergrund, dass damals die Inanspruchnahme der Notbetreuung deutlich geringer war, als im jetzigen Lockdown. Gleichwohl wurden die Notbetreuungsregelungen ständig angepasst und erweitert. Da nur bis zur jeweiligen Anspruchserweiterung der Elternbeitrag auszusetzen gewesen wäre, hätte dies ein sehr umständliches und fehlerbehaftetes Erstattungsverfahren für alle Beteiligten (Träger, Kommunen und Land) zur Folge gehabt.

Mit unserer Stellungnahme zum Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (ThürCorPanG) hatten wir die Höhe der Erstattung auf Basis der nach § 30 Abs. 2 ThürKigaG ermittelten durchschnittlichen Elternbeiträge kritisiert. Wir hatten eine gesetzliche Erstattungsregelung gefordert, die berücksichtigt, dass für Kinder unter drei Jahren regelmäßig höhere durchschnittliche Elternbeiträge anfallen, als nach § 30 Abs. 2 ThürKigaG (für Kinder im Vorschulalter) ermittelt wurden. Um gleichwohl ein aufwändiges Ermittlungsverfahren zu vermeiden, hatten wir

damals vorgeschlagen, einen pauschalen Aufschlag (von mindestens 25 %) auf den nach § 30 Abs. 2 ThürKigaG für jede Gemeinde ermittelten Betrag vorzusehen. Dies wurde jedoch seitens des Landesgesetzgebers nicht berücksichtigt.

Wie bereits ausgeführt, unterstützen wir daher die Forderung der CDU-Fraktion nach einer vollständigen Erstattung der Einnahmeausfälle. Einen Vorschlag für eine entsprechende gesetzliche Regelung haben wir unter II. 2. unterbreitet.

Zu Problemen hat im letzten Jahr auch die unterschiedliche Auslegung des letztlich verabschiedeten Gesetzes durch das TMBJS bzw. das Staatliche Schulamt Südthüringen auf der einen Seite und uns (den Kommunen) auf der anderen Seite geführt.

Für die Berechnung des Erstattungsbetrags hat das Staatliche Schulamt Südthüringen den zum 1. März 2019 von jeder Gemeinde ermittelten durchschnittlichen monatlichen Elternbeitrag nach § 30 Abs. 4 Satz 2 ThürKigaG zu Grunde gelegt. Im Thüringer Durchschnitt waren dies 129 Euro pro Kind/Monat.

Der Gesetzgeber hat in § 30a Absatz 4 ThürKigaG aber formuliert, dass der für das aktuelle Kindergartenjahr durchschnittlich zu zahlende monatliche Elternbeitrag maßgeblich für die Erstattung ist. Unserer Ansicht nach war dies der zum Stichtag 1. März 2020 ermittelte Elternbeitrag. Dieser lag thüringenweit im Durchschnitt bei 135 Euro pro Kind/Monat. Bezogen auf den gesamten Freistaat Thüringen hätten die Erstattungsleistungen des Landes demnach um etwa 1,4 Mio. Euro höher liegen müssen.

Mit Schreiben vom 7. August 2020 hatten wir daher alle Mitgliedskommunen gebeten, die Bescheide des Staatlichen Schulamtes zu prüfen und ggf. fristwährend Widerspruch hiergegen einzulegen. Nach unserer Kenntnis haben dies letztlich 149 Kommunen getan.

Leider hat es bis Anfang dieses Jahres gedauert, bis eine abschließende Verständigung mit dem Land zu der Problematik erfolgt ist. Im Ergebnis ist vorgesehen, dass den Gemeinden und Städten, die gegen den Erstattungsbescheid des Staatlichen Schulamtes Südthüringen Widerspruch eingelegt haben, ein Vergleich zur förmlichen Erledigung des Widerspruchsverfahrens angeboten werden soll. Danach soll auf den 1. März 2020 als Stichtag für die Elternbeitragshöhe abgestellt und die Zahl der Kinder monatsgenau berücksichtigt werden. Bis heute ist die Angelegenheit noch nicht als erledigt anzusehen, d. h. die Widersprüche wurden immer noch nicht abschließend bearbeitet.

2. Wie schätzen Sie die im Vergleich zur Frühjahrsregelung abweichenden Vorschläge des vorliegenden Gesetzentwurfes der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein?

Wir haben bereits erläutert, dass die abweichenden Vorschläge erneut keine vollständige Erstattung der Einnahmeausfälle regeln. Nach dem von uns unterbreiteten Vorschlag für den Ausgleich der Einnahmeverluste bedarf es dem Grunde nach auch keines Abstellens mehr auf einen zu einem bestimmten Stichtag ermittelten durchschnittlichen Elternbeitrag.

Sofern weiterhin der Stichtag 1.3.2020 bzw. 2021 für die Erstattung der Einnahmeausfälle eine Rolle spielen sollte, möchten wir auf Folgendes hinweisen:

Nach der Regelung des § 30 Abs. 4 Satz 2 ThürKigaG bedarf es keiner getrennten Erhebung des durchschnittlichen Elternbeitrages für die jeweiligen Betreuungsjahrgänge, auch nicht, um eine Zuordnung und Abrechnung zum Gute-Kita-Gesetz vorzunehmen. Hierfür ist es ausreichend, wenn lediglich die Zahl der Kinder, die im Zeitraum vom 2. August des laufenden Jahres bis zum 1. August des Folgejahres das fünfte bzw. das sechste Lebensjahr vollenden, getrennt ermittelt wird.

Bezüglich der Ermittlung des durchschnittlichen Elternbeitrages bestand aber schon bei der letzten Erhebung zum 1.3.2020 beim TMBJS bzw. beim Staatlichen Schulamt Südthüringen offensichtlich ein „Denkfehler“. Der ist darin zu sehen, dass gleichwohl für jeden Jahrgang getrennt (künftige Fünfjährige einerseits und künftige Sechsjährige andererseits) jeweils der durchschnittlich erhobene Elternbeitrag ermittelt wurde. Wie gerade ausgeführt, begründet sich diese Auffassung aber nicht aus der Regelung des § 30 Abs. 4 Satz 2 ThürKigaG.

Die Erhebungsdaten für jede Gemeinde hat das TMBJS mittlerweile auf der Internetseite veröffentlicht. Während zahlreiche Kommunen, sowohl für die Fünfjährigen, als auch für die Sechsjährigen einen einheitlichen durchschnittlichen Elternbeitrag ausgewiesen haben, wurden für zahlreiche andere Kommunen unterschiedliche durchschnittliche Elternbeiträge ausgewiesen – offensichtlich aufgrund dieser getrennten Erhebung seitens des Staatlichen Schulamtes Südthüringen.

Die unnötige und rechtlich nicht gedeckte Ausweisung von unterschiedlichen durchschnittlichen Elternbeiträgen bei zahlreichen Kommunen für die Fünfjährigen und Sechsjährigen im Rahmen der Erhebung zum 1.3.2020 führt wiederum bei der geplanten Erstattung der Elternbeiträge für den Zeitraum der coronabedingten Schließung der Kindertageseinrichtungen zu Problemen, sofern tatsächlich hierauf abgestellt werden sollte.

Es stellt sich die Frage, welcher durchschnittliche Elternbeitrag dann für die Erstattung angesetzt wird, der für die künftigen Fünfjährigen oder der für die künftigen Sechsjährigen oder ein Durchschnitt aus beiden Werten. Von Interesse wäre in diesem Zusammenhang auch, wie mit dieser Problematik bei der Bearbeitung der Widersprüche (siehe Ausführungen zu Frage 1) umgegangen wurde und wird.

3. Kommt für Sie für eine Gebührenübernahme die Meldung der Kinderzahlen nach § 27 Abs. 1 ThürKigaG von 2020 oder 2021 in Frage?

Diese Frage ist für uns nicht ganz verständlich. § 27 Abs. 1 ThürKigaG stellt auch nur auf die Ermittlung der Zahl der Kinder im Alter bis vor Vollendung des dritten Lebensjahres ab. Was aber ist mit den Kindern im vierten Lebensjahr, die ja noch nicht von der generellen Elternbeitragsfreiheit profitieren?

Wie bereits mehrfach ausgeführt, bedarf es aus unserer Sicht gar nicht des Abstellens auf Kinderzahlen und durchschnittliche Elternbeiträge, wenn einfach nur die – vor Ort ja bekannten – Einnahmeausfälle der Kommunen erhoben und erstattet werden würden.

Wenn aber dennoch Kinderzahlen zugrunde gelegt werden sollen, dann müssen diese aktuell erhoben werden, d. h. es müsste auf die Zahl der Kinder, für die grundsätzlich Elternbeiträge zu zahlen wären, zum 1.1.2021, zum 1.2.2021, usw. abgestellt werden.

Wir bitten Sie, sich bei Rückfragen zu unseren Änderungsvorschlägen mit uns in Verbindung zu setzen. Wir sind jederzeit gerne bereit, Ihnen die Vorschläge auch noch einmal bilateral zu erläutern.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?												
Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKIG) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2602 -												
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>											
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.</td> <td>Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Arnstädter Str. 50</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Str. 50	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt	
	Name	Organisationsform										
	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Verein										
	Geschäfts- oder Dienstadresse											
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Str. 50										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt											
Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>												
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="font-size: small;">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname											
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse											
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)												
Straße, Hausnummer												
Postleitzahl, Ort												
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)</small>											
	Interessenvertretung der Wohlfahrtspflege in Thüringen											
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher											

	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Aus Sicht der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V. besteht Anpassungsbedarf. Insbesondere die Festlegung der Grundlage, auf der die Mehrkosten für das Land, die Aussetzung der Elternbeitragspflicht während der Notbetreuung und die Erstattung der Elternbeiträge ermittelt werden, müssen hinterfragt werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, der 23.02.2021	Vorsitzender der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.

THÜR. LANDTAG POST
23.02.2021 16:21

47 04/2021

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.



LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.
Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

- per E-Mail -

Geschäftsstelle

**LIGA der Freien Wohlfahrtspflege
in Thüringen e.V.**
Arnstädter Str. 50
(Eingang Humboldtstraße)
99096 Erfurt

e-mail: info@liga-thueringen.de
Internet: www.liga-thueringen.de
Telefon: (0361) 511499-0
Telefax: (0361) 511499-19

Ihr Schreiben vom/Ihre Zeichen

unsere Zeichen

Erfurt,
23.02.2021

**Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen
während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem
Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKiG)“ – Drucksache 7/2602**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zu oben genanntem Gesetzentwurf. Zu diesem möchten wir wie folgt Stellung nehmen.

zu D. Kosten, Artikel 3

Für die Ermittlung der Mehrkosten für das Land wird als Grundannahme davon ausgegangen, dass 30 % der Eltern die Notbetreuung an sechs oder mehr Tagen pro Monat in Anspruch nehmen. Mit Blick auf die tatsächliche Inanspruchnahme der Eltern erscheint diese Annahme zu gering, da im Januar in allen Landkreisen und kreisfreien Städten nach der Auswertung des TMBJS die durchschnittliche Inanspruchnahme der Notbetreuung deutlich über 30 % lag.

Des Weiteren ist der durchschnittliche Beitragswert für die Zugrundelegung der Elternbeiträge von 134 EUR pro Kind und pro Monat ebenfalls zu niedrig angesetzt, da die Elternbeiträge zwischen den Altersgruppen variieren. Somit empfehlen wir eine Orientierung an der Ermittlung der durchschnittlichen Betriebskosten eines Platzes in der Kindertageseinrichtung zum 31.05. für das vorangegangene Kalenderjahr (gem. § 22 Abs. 2 ThürKigaG) in Verbindung mit der Pauschale für die Inanspruchnahme des Wunsch- und Wahlrechts (gem. § 21 Abs. 5 ThürKigaG). Abgeleitet von dieser gesetzlichen Grundlage betragen die durchschnittlichen Elternbeiträge 20 % bezogen auf die durchschnittlichen Betriebskosten.

Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen empfiehlt an dieser Stelle eine Anpassung der Werte an die tatsächlichen Werte der Inanspruchnahme und eine Orientierung an den

durchschnittlichen Betriebskosten und abgeleiteten Elternbeiträge, um sich einer realistischeren Kostenannahme anzunähern.

zu Artikel 3 § 30 b Aussetzung der Elternbeitragspflicht

zu Absatz 1 Satz 1

In diesem Absatz wird geregelt, dass für eine Inanspruchnahme der Notbetreuung an maximal fünf Tagen pro Monat keine Elternbeiträge erhoben werden. Ab dem sechsten Tag gilt eine Erhebungspflicht für den Elternbeitrag. Diese Regelung wirft für die Handhabung im Monat Februar Fragen auf. Durch ein Ministerschreiben vom 16.02.2021 wurde verfügt, dass ab dem 22.02.2021 alle Kindertageseinrichtungen in die Stufe gelb wechseln und somit im Monat Februar die Schließung der Einrichtungen zwar mehr als fünfzehn Kalendertage betrug, jedoch keinen vollen Kalendermonat. Somit stellt sich die Frage, ob die maximale Inanspruchnahme von fünf Tagen in diesem Falle anteilig reduziert werden muss oder ob bei einer Schließung von mehr als fünfzehn Kalendertagen die Grenze von fünf Tagen grundsätzlich gilt.

Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen empfiehlt zur Klarstellung deshalb folgende Änderung in Satz 1: „(...) die an maximal fünf Tagen **im jeweiligen Monat der Schließung (Notbetreuung)** eine Betreuung in Anspruch genommen haben.“

Da aktuell nicht absehbar ist, wie lange die Corona-Pandemie anhalten wird und ob es im weiteren Verlauf der Pandemie zu weiteren Schließungen kommen wird, empfiehlt die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen folgende Änderung in Satz 1: „(...) längstens aber bis zum **Ende der Corona-Pandemie** und der damit verbundenen angeordneten Schließung der Einrichtungen, keine Elternbeiträge erhoben werden (...)“

zu Absatz 4

In diesem Absatz wird die Grundlage für die Erstattung der Elternbeiträge geregelt. In Satz 1 wird der Bezug zum Stichtag 1. März 2020 für das Kindergartenjahr 2020/2021 festgelegt. Zu diesem Tag sollen die durchschnittlichen monatlichen Elternbeiträge aus dem Beitragsaufkommen für die Altersgruppe der 5-6jährigen in der jeweiligen Gemeinde multipliziert mit den Monaten zwischen dem 1. Januar und dem 30. April, an dem die Einrichtungen landesweit dann mindestens fünfzehn Tage geschlossen war, übermittelt werden.

Diese Regelung birgt zwei Problematiken in sich. Zunächst ist die Zugrundelegung des Kindergartenjahres im vergangenen Jahr nachvollziehbar, spiegelt jedoch nicht eventuelle tarifliche Steigerungen bzw. anderweitige Steigerungen der Betriebskosten wider, die sich in der Höhe der Elternbeiträge niederschlagen. Des Weiteren ist die Zugrundelegung der durchschnittlichen Elternbeiträge der Gruppe der 5-6jährigen Kinder kritisch zu sehen, da für diese Altersgruppe auf Grundlage von § 30 ThürKigaG keine Elternbeiträge erhoben werden bzw. diese für diese Altersgruppe im Vergleich zu jüngeren Altersgruppen geringer ausfallen.

Aus diesem Grund empfiehlt die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen, als Grundlage die gesetzlichen Regelungen im § 22 Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit § 21 Absatz 5 zu verwenden. Danach hat das Ministerium bis zum 30. September eines Kalenderjahres die durchschnittlichen Betriebskosten eines Platzes in einer Kindertageseinrichtung zu ermitteln. Diese Berechnung dient als Grundlage für die Ermittlung der Wunsch- und Wahlrechtspauschale in Höhe von 80 %. Auf Grundlage dieser beiden Paragraphen könnte eine aussagefähige bzw. repräsentativere Grundlage für die durchschnittlichen Elternbeiträge

– in Ableitung durchschnittlich 20 %, welche alle Altersgruppen und die unterschiedlichen Höhen der Elternbeiträge berücksichtigt, geschaffen werden.

Um eventuelle Steigerungen der Elternbeiträge zum 01.01.2021 zu berücksichtigen empfiehlt die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen zusätzlich einen prozentualen Aufschlag von 5 %.

Für Fragen und weitere Ausführungen zu unserer Stellungnahme stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender
LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Geszentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Geszentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zum Ausgleich der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürASchKiG), Geszentwurf der +											
1.	Haben Sie sich als <u>juristischen Person</u> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringischer Landkreistag</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Straße 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringischer Landkreistag										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 13									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als <u>natürliche Person</u> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Anlage 5

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKiG)) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2602 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Kreuch, Knut</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Stadtverwaltung Gotha</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Hauptmarkt 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99867 Gotha</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Kreuch, Knut		Geschäfts- oder Dienstadresse	Stadtverwaltung Gotha	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hauptmarkt 1	Postleitzahl, Ort	99867 Gotha
Name	Organisationsform										
Kreuch, Knut											
Geschäfts- oder Dienstadresse	Stadtverwaltung Gotha										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hauptmarkt 1										
Postleitzahl, Ort	99867 Gotha										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

Anlage 5

3. Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBefähG)			
<i>Oberbürgermeister (Kommunalarbeit)</i>			
Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher			
4. <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?			
Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBefähG)			
5. Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBefähG)			
<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)		<input type="checkbox"/> nein	
Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?			
In welcher Form haben Sie sich geäußert?			
<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail			
<input checked="" type="checkbox"/> per Brief			
6. Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBefähG)			
<input type="checkbox"/> ja		<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!			
2			

Anlage 5

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gotha,	Kreuch

Oberbürgermeister

THÜR. LANDTAG PDST
24.02.2021 15:59

48441/21

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Frau Dr. Kristin Eglinski
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Der Oberbürgermeister

Amt:
Schul- und Jugendamt

Fachbereich:
Abteilung Schulen und
Kindergartenverwaltung

**Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der
Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem
Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKiG)**

Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/2602 -

**Betreuende Eltern während der Corona-Pandemie nicht weiter
belasten – Beiträge bei pandemiebedingter Nichtinanspruchnahme
von Betreuung in Kindergärten und Horten aussetzen**

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/2511 -

hier: Stellungnahme der Stadt Götha

Sehr geehrte Frau Dr. Eglinski,

Ich danke Ihnen, dass Sie mir gemäß Ihres Schreibens vom 05.02.2021
Möglichkeit zur Anhörung zu vorgenannten Beratungsgegenständen
geben.

Zur Drucksache 7/2602 Artikel 1 - Änderung des Thüringer Gesetzes
über die Finanzierung der staatlichen Schulen (ThürSchFG) - kann ich
folgende Mitteilung geben:

Die Einführung des § 12 b im ThürSchFG regelt den Umfang und die
Form der pandemiebedingten Schließung der Grund- und
Gemeinschaftsschulen mit Hortbetrieb.

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:
05.02.2021

Unser Zeichen:

Datum:
22.02.2021

HAUSANSCHRIFT
Stadtverwaltung Götha
Neues Rathaus
Ekkehardplatz 24
99867 Götha

INTERNET www.gotha.de
E-MAIL info@gotha.de
TELEFON 03621 222-0
TELEFAX 03621 222-230

ÖFFNUNGSZEITEN FACHBEREICH
Mo. 09:00 – 12:00 Uhr
Di. 13:00 – 16:00 Uhr
Do. 09:00 – 12:00 Uhr und
13:00 – 18:00 Uhr
Fr. 09:00 – 12:00 Uhr

BÜRGERBÜRO
Mo., Di., Do. 09:00 – 18:00 Uhr
Mi., Fr. 09:00 – 14:00 Uhr
Sa. 10:00 – 12:00 Uhr



GÖTHA ADELT.

Absatz 1 Satz 2 stellt hierbei darauf ab, dass eine Elternbeteiligung nicht zu erfolgen hat, wenn die Schule an mehr als 15 Kalendertagen in einem Monat geschlossen ist. Hierbei bleibt unbeachtet, ob Kinder die Notbetreuung aufgesucht haben oder nicht. In Anbetracht dessen, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren, halte ich diese Regelung für vertretbar.

Für die Stadt Gotha wurde mit Stand 11.02.2021 von ca. 21 % der angemeldeten Hortkinder die Notbetreuung aufgesucht und für mind. 8 Stunden täglich abgesichert. Hierbei ist das Lehrpersonal sowie das Erzieherpersonal der Schulen zur Betreuung eingesetzt worden. Die Elternbeteiligung wurde für alle Eltern für die Monate Januar und Februar 2021 ausgesetzt.

Der finanzielle Ausgleich der Einnahmeverluste wird in den Absätzen 2 und 3 geregelt und bezieht sich in Absatz 2 auf die sonstigen Betriebskosten. Grundlage zur Ermittlung bildet hierbei die Jahresrechnungsstatistik 2019. In der Begründung wird zusätzlich aufgeführt, dass der Einbehalt der Kommunen nach § 6 Satz 2 ThürHortkBVO (2,5 v. H.) hier inbegriffen ist. Dieser Zusatz sollte im Gesetzestext ebenfalls Beachtung finden.

Absatz 5 regelt die Terminierung des finanziellen Ausgleichs durch das Land an den kommunalen Schulträger. Die darin aufgeführten sechs Monate stellen hierbei keinen zeitnahen Ausgleich dar und ist unakzeptabel im Vergleich zur Regelung der Verrechnung/Erstattung der Elternbeiträge der Schulträger an die Eltern, welche hier mit drei Monaten terminiert ist. Um die Liquidität der bereits jetzt schon finanziell angeschlagenen Kommunen zu sichern, sind hier kürzere Zeiten zum finanziellen Ausgleich festzuhalten.

Zu Artikel 2 der Drucksache 7/2602 werden keine weiteren Anführungen gemacht.

Zur Drucksache 7/2602 Artikel 3 - Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes (ThürKigaG) - werden folgende Anmerkungen gegeben:

Die Einführung des § 30 b im ThürKigaG regelt den Umfang und die Form der pandemiebedingten Schließung der Kindertageseinrichtungen. Absatz 1 stellt hierbei darauf ab, dass eine Elternbeteiligung nicht zu erfolgen hat, wenn die Betreuung der Kinder unter 6 Tagen in einem Monat in Anspruch genommen worden ist und die Einrichtung mehr als 15 Kalendertage im Monat geschlossen war.

In Anbetracht dessen, eine für Eltern nachvollziehbare und eine an der in Anspruch genommenen Notbetreuung orientierte Beteiligung an den Kosten zu ermöglichen, halte ich diese Regelung für vertretbar. Allerdings steht dem ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand gegenüber, der insbesondere den Trägern nicht erstattet wird.

Der finanzielle Ausgleich der Einnahmeverluste wird in den Absätzen 2 bis 4 geregelt. Grundlage hierfür bildet der 01.03.2020, welcher vertretbar erscheint.

Aus diesem Stichtag heraus soll der durchschnittliche monatliche Elternbeitrag aus dem Beitragseinkommen der fünfjährigen und sechsjährigen Kinder ermittelt werden, welcher die Grundlage zum Ausgleich der Einnahmeverluste darstellt. Diese Regelung halte ich in Anbetracht der Tatsache, dass viele Kommunen, wie auch die Stadt Gotha, eine Altersstaffelung haben, für nicht vertretbar.

Jüngere Kinder (insbesondere Krippenkinder) haben einen höheren anzusetzenden Personalschlüssel und verursachen damit höhere Personalkosten. Hier ist dringend von einer allgemeingültigen Pauschale auf Basis der „älteren Kinder“ abzuweichen und zu überarbeiten.

Absatz 5 regelt die Terminierung des finanziellen Ausgleichs durch das Land an die Gemeinden. Die darin aufgeführten sechs Monate stellen hierbei keinen zeitnahen Ausgleich dar und ist unakzeptabel im Vergleich zur Regelung der Verrechnung/Erstattung der Elternbeiträge an die Eltern, welche hier mit drei Monaten terminiert ist. Um die Liquidität der bereits jetzt schon angeschlagenen Kommunen zu sichern, sind auch hier kürzere Zeiten zum finanziellen Ausgleich dringend festzulegen.

Zu Artikel 4 der Drucksache 7/2602 werden keine weiteren Anführungen gemacht.

Zur Drucksache 7/2511 kann Folgendes mitgeteilt werden. Dem Unterpunkt III kann dahingehend zugestimmt werden, dass eine allgemeingültige Regelung zu schaffen ist, die Elternbeiträge bei Nichtinanspruchnahme von Betreuungsleistungen auszusetzen und den Trägern der Ausgleich vollumfänglich zu erstatten ist.

Fragenkatalog gemäß Anlage 4 zu 7/2602/2511:

1. Welche Erfahrungen haben Sie mit der Form und dem Umfang der Gebührenübernahme im Frühjahr 2020 gemacht?

Antwort: Grundsätzlich ist festzustellen, dass eine festgelegte Pauschale oder eine Zugrundelegung von Vorjahres- bzw. Vorvorjahreswerten meist eine Verfälschung der tatsächlichen Einnahmen der Träger darstellt. Im Fall der Stadt Gotha hat sich dies nicht zum Vorteil, sondern zum Nachteil ausgewirkt. Ein vollumfänglicher Ausgleich kann nur auf tatsächlichen SOLL-IST-Werten erfolgen. Die meist daraus resultierenden Defizite sind dann anderweitig im Haushalt der Träger auszugleichen. Des Weiteren haben nicht korrekte Bescheide und damit verbundene Widerspruchsführungen zur weiteren zeitlichen Verschiebung der Einnahmen geführt. So werden in einem Kalenderjahr eingeplante Einnahmen erst im darauffolgenden Kalenderjahr erstattet. Das stellt die Kommunen/Träger vor weitere Schwierigkeiten. Der erstmals festgelegte Ausgleich an die Kommunen drei Monate nach Öffnung der Einrichtungen zu erstatten, stellte bereits einen finanziellen Balanceakt der Kommunen dar. Diesen auf sechs Monate zu verlängern, halte ich auf Grund der vorgenannten Punkte für nicht vertretbar.

2. Wie schätzen Sie die im Vergleich zur Frühjahrsregelung abweichenden Vorschläge des vorliegenden Gesetzesentwurfes der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein?

Antwort: Im Sinne der Gleichbehandlung der Eltern zur Zahlung- oder Nichtzahlungspflicht der Elternbeiträge für Hort/Schule und Kindergärten, werden Ungleichbehandlungen geschaffen. Eine vollständige Aussetzung auch für Beiträge in der Notbetreuung der Kindergärten hätte dies vermieden und würden den Verwaltungsaufwand beim Land, den Kommunen und Trägern erheblich mindern.

3. Kommt für Sie für eine Gebührenübernahme die Meldung der Kinderzahlen nach § 27 Abs. 1 ThürKigaG von 2020 oder 2021 in Frage?

Antwort: Aus Sicht der Stadt Gotha ist die Gebührenübernahme auf Grundlage der Kinderzahlen von 2020 akzeptabel, um nicht noch weitere Verzögerungen der Zahlungen an die Kommunen zu riskieren.

Mit freundlichen Grüßen

/Knut Kreuch
Oberbürgermeister

Anlage
Formblatt zur Datenerhebung

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürErstSchKiG)) Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2602 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Vertretung Alleinerziehender Land Thüringen = siehe Satzung =	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	siehe Antrag	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gera, 24.02.2021	<i>[Handwritten Signature]</i>

VAMV
 Verband alleinerziehender Mütter und Väter
 Landesverband Thüringen e.V.
 Zschochernstraße 35 · 07545 Gera
 Tel.: 0365 / 5519674 · Fax: 0365 / 5519676
 e-Mail: vamv.thueringen@t-online.de

→ Telefonat mit Fr. Forst vom VAMV am 5. März 21:
 Kreuz soll bei "JA" gesetzt werden, Rest
 des Beiblattes ist vollständig.



Sehr geehrte Damen und Herren,

Den Mitgliedern des

- **AKBYS** -

THÜR. LANDTAG POST
24.02.2021 16:07

4843121

Der Landesverband Alleinerziehender Mütter und Väter wurde zum vorliegenden Gesetzentwurf: Thüringer Gesetz zur Erstattung der Mindereinnahmen während der Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen nach dem InfSchG (ThürErstSchKiG) um eine Stellungnahme gebeten.

Zunächst sei hier erklärt, das sich der VAMV LV vollumfänglich der Stellungnahme des AKF Thüringen e.V. anschließt – insbesondere der „Erstattungszeitraum“ ist aus unserer Sicht zu eng gefasst – und bedeutet weitere Unsicherheiten, im Umgang mit (evtl.) weiteren Schließungserfordernissen pandemiebedingt.

Auch der VAMV begrüßt die Notbetreuung zu Zeiten der pandemiebedingten Schließungen – möchte allerdings in diesem Zusammenhang auf unsere Stellungnahme: „Alleinerziehende stärker im Lockdown mitdenken!“ hinweisen.

In dieser wird nochmals auf eine besonders isolierte Situation von Alleinerziehenden in der (Schulen-/und Kita) Schließungsphase aufmerksam gemacht und eine Kontakterlaubnis zu einer anderen (festen) Alleinerziehenden Familie vorgeschlagen – insbesondere das „Berliner Modell“ – zwei Alleinerziehende und ihre Kinder können sich regelmäßig in einem Haushalt aufhalten ... Altersgrenze der Kinder 14 Jahre ... wird hier angeregt.

Die bereits bestehende Unsicherheit bei den Ein-Eltern Familien wird nicht dadurch verringert, das erst im April 2021 eine gesetzliche Regelung herbeigeführt werden soll – wir wünschen uns bereits jetzt klare und verlässliche Aussagen.

Leider lässt auch die Gesetzesformulierung: §30b: „... zu verrechnen oder zu erstatten“.

keine klare Handhabung erkennen – viele Alleinerziehende haben jetzt Einkommenseinbußen – haben diverse Gebühren bereits entrichtet – und müssen nun, wenn das Gesetz wie vorliegend umgesetzt wird, auf eine Erstattung und/oder Verrechnung warten.

Zudem erachten wir die Grundlage (also die Tagesanzahl) der Erstattung als zu gering.

In diesem Zusammenhang ist für den VAMV ebenso fraglich, ob der Verrechnungszeitraum für die Angebotsträger – hier insbesondere die Kindertagesstätten und Schulen in freier Trägerschaft – von einem halben Jahr, nicht doch zu Liquiditätsengpässen führt und warum auf diese Tatsache in der





Begründung (Artikel 1/Abs.5) ausdrücklich nur bei kommunalen Trägern hingewiesen wird.

Unklar ist für uns auch, wie mit der Verrechnung gegenüber Trägern umgegangen wird, wenn nicht landesweit angeordnete Schließungen erfolgen, sondern wenn vor Ort – auf der Grundlage hoher Inzidenzzahlen keine Öffnungen erfolgen?!

Wie wird in solchen Fällen zurückerstattet der/und verrechnet?

Antrag der CDU:

Auch hier verweisen wir auf die Stellungnahme des AKF Thüringen e.V.

Verband alleinerziehender Mütter und Väter
Landesverband Thüringen e.V.
Zschochernstraße 35 · 07545 Gera
Tel.: 0365 / 5519674 · Fax: 0365 / 5519676
e-Mail: vamv.thueringen@t-online.de

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTd bearbeitet.

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)